

Forschungs-Praxis-Projekt

Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe

Dokumentation der Auftaktveranstaltung am 26./27. November 2015



Das Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.

Gefördert durch:



Fachliche Begleitung:



Impressum

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13-15
D-10969 Berlin

Dr. Bettina Reimann (Projektleitung)
Gudrun Kirchhoff
Ricarda Pätzold
Wolf-Christian Strauss

Telefon: +49 30 39001-191
E-Mail: reimann@difu.de
Internet: www.difu.de

Redaktion:

Klaus-Dieter Beißwenger

Grafik und Layout:

Steffi Greiner

Bildnachweise: © Bernhardt Link, Farbtonwerk · Fotostudio

Inhalt

| | | |
|----|---|----|
| 1. | Das Forschungs-Praxis-Projekt | 5 |
| | Anliegen und Ziele des Projektes | |
| | <i>Dr. Bettina Reimann</i> | 5 |
| 2. | Positionen und Impulse | 9 |
| | Bedeutung und Perspektiven von Klein- und Mittelstädten im ländlichen Raum | |
| | <i>Prof. Dr. Heike Liebmann</i> | 9 |
| | Integrationspotenziale ländlicher Kommunen. Was heißt Willkommenskultur? | |
| | <i>Gudrun Kirchhoff</i> | 12 |
| | Flüchtlinge im ländlichen Raum – Chance oder Zumutung? Wie gelingen neue Nachbarschaften? | |
| | <i>Dr. Jutta Aumüller</i> | 16 |
| 3. | Erfahrungsaustausch | 21 |
| | Thementisch 1: Innenstadt und städtische Identität | 21 |
| | Thementisch 2: Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur | 23 |
| | Thementisch 3: Nachbarschaften und Zusammenleben | 25 |
| 4. | Die Projektkommunen | 27 |
| | Germersheim | 28 |
| | Goslar | 29 |
| | Ilmenau | 30 |
| | Michelstadt | 31 |
| | Mühlacker | 32 |
| | Saarlouis | 33 |
| | Steinfurt | 35 |
| | Weißenfels | 36 |
| | Zittau | 37 |
| 5. | Erwartungen und Positionen des Projektbeirates | 39 |
| 6. | Ausblick | 41 |

Anhang

1. Das Forschungs-Praxis-Projekt

Anliegen und Ziele des Projektes

Dr. Bettina Reimann, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)



Bettina Reimann

Seit Juli 2015 bearbeitet das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) das Projekt „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“. Kooperationspartner des auf drei Jahre angelegten Projektes sind das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das Hessische Ministerium für Soziales und Integration, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sowie der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

Die Durchführung des Projektes erfolgt mit finanzieller Unterstützung des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der EU, über Projektfördermittel des BAMF und das Förderprogramm „WIR“ („Wegweisende Integrationsansätze Realisieren“) des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration.

Anlass und Projekthintergrund

Die Themen Zuwanderung, Integration und Stadtentwicklung werden häufig im Zusammenhang mit Großstädten diskutiert. Denn dort sind Zuwanderer angesichts ihrer Anzahl sichtbarer und die mit der Zuwanderung verbundenen Problemlagen akuter, ist die kommunale Integrationspolitik vielerorts etabliert und wird die alltägliche Praxis der Integration von Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft gelebt. Großstädte gelten gegenüber Kleinstädten als vielfältiger und häufig auch als lebendiger. Zwar haben sich auch im ländlichen Raum in den letzten Jahrzehnten Zuwanderer angesiedelt, doch aufgrund ihrer geringeren Anzahl sind sie weniger im Blickfeld von Politik und Öffentlichkeit. Im Zuge des demografischen Wandels verändert sich die soziale und kulturelle Zusammensetzung der Bevölkerung in Klein- und Mittelstädten; Vielfalt gewinnt auch dort ein Profil. Diese Entwicklung stellt das Zusammenleben und die Teilhabechancen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in Klein- und Mittelstädten vor neue Herausforderungen und bietet gleichzeitig Chancen für deren perspektivische Weiterentwicklung.

Eine herausragende Bedeutung nehmen die Innenstädte und Ortszentren als Kristallisationspunkte des gesellschaftlichen Lebens ein. Als zentrale Orte begünstigen sie das Aufeinandertreffen von Menschen verschiedener Kulturen und Lebenslagen, tragen sie zur Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit „ihrer“ Stadt bei und verfügen sie über ein erhebliches Integrationspotenzial. Im Vergleich zu den Großstädten hat die Wohnfunktion der Zentren in den Klein- und Mittelstädten eine weitaus größere Bedeutung.

Gleichwohl kämpfen Kleinstädte sowohl mit Funktionsverlusten als auch dem Problem, dass das Wohnen in historischen Altbauten an Attraktivität verliert. Leerstände bei Gewerbe und Wohnen sind in vielen Innenstadtbereichen der Kleinstädte zu beobachten. Die Gewerbeeinheiten sind oft

zu klein für die Anforderungen z.B. der Discounter; Spezialgeschäfte können sich aufgrund der Konkurrenz von großen Einzelhandelszentren „auf der grünen Wiese“ häufig nicht halten. Auch das Wohnen in den historischen Altbauten hat an Attraktivität verloren: Ungünstige Wohnungsgrundrisse, das Fehlen von zu den Häusern gehörenden privaten Freiflächen, Nutzungskonflikte durch Handel und Tourismus, Stellplatzprobleme sowie hoher baulicher Erhaltungsaufwand – auch durch die Anforderungen des Denkmalschutzes – tragen dazu bei, dass die angestammte Bewohnerschaft vermehrt in neu geschaffene Eigenheim- und Mietwohngebiete am Stadtrand zieht bzw. bereits gezogen ist. In die freiwerdenden, weniger nachgefragten innerstädtischen Altbauwohnungen ziehen bzw. zogen Bewohnerinnen und Bewohner, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind, z.B. Migrantinnen und Migranten. Neubewohner und alte Menschen prägen im Zuge dieser Entwicklung die Bevölkerungsstruktur vieler Innenstadtbereiche. Diese Veränderungen bleiben nicht ohne Folgen: Mit der veränderten Bevölkerungs- und Nutzungsstruktur entstehen Fremdheits- und Identitätskonflikte sowie eine veränderte Wahrnehmung des kleinstädtischen Innenstadtbereichs als ehemals „guter Stube“ und Repräsentationsort der Kleinstadtgesellschaft.

Projektziele

Im Zentrum des Projektes stehen Klein- und Mittelstädte im eher ländlich geprägten Raum, deren Innenstädte Funktionsverluste und einen vergleichsweise hohen Zuwandereranteil aufweisen. Ziel des Projektes ist es, durch eine auf die Potenziale der Zuwanderer ausgerichtete Migrations- und Integrationspolitik die sozialräumliche Integration zu verbessern sowie die gesellschaftliche Teilhabe der Migrantinnen und Migranten zu stärken. Dabei soll ein räumlicher Fokus auf Innenstadtbereiche und historische Zentren sowie



Plenum

auf die Frage nach den darauf bezogenen Möglichkeiten und Wirkungen von Identitätsbildungsprozessen gelegt werden. Ergänzende Zielstellungen des Projektes betreffen die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen, um Diskriminierung und Alltagsrassismus abzubauen und die Akzeptanz zugewanderter Bewohnerinnen und Bewohner zu erhöhen.

Das Projekt richtet sich sowohl an die Zuwanderer – insbesondere Drittstaatenangehörige – als auch an die Aufnahmegesellschaft. Ein besonderer Fokus liegt auf den Bewohnerinnen und Bewohnern der Innenstadtbereiche, die die Ingration vor Ort leben. Darüber hinaus stehen Kommunalverwaltung und kommunale Politik im Zentrum der Betrachtung, da sie die Rahmenbedingungen setzen und durch ihr Handeln Prozesse der Integration und der Ausgestaltung einer auf Vielfalt ausgerichteten Stadtpolitik befördern können. Hierbei soll darauf hingewirkt werden, integrations- und stadtentwicklungspolitische Handlungsansätze zu verknüpfen. Im Zusammenspiel von baulich- infrastrukturellen und sozial-integrativen Maßnahmen und unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure werden positive Entwicklungsimpulse für das Zusammenleben und die städtische Identität erwartet.

Gemäß seiner Zielsetzungen will das Projekt – vor dem Hintergrund der Entwicklungstendenzen in den vom demografischen Wandel betroffenen ländlichen Regionen und angesichts von erkennbaren Funktionsverlusten der städtischen Zentren – die Bedeutung von Zuwanderung für die städtische Entwicklung und den sozialen Zusammenhalt untersuchen, den aktuellen Stand der Integrati-

on(Strukturen) beleuchten und vorhandene integrationspolitische Ansätze weiterentwickeln. Dabei geht es auch um Fragen der interkulturellen Öffnung kommunaler Institutionen, um die Weiterentwicklung einer kommunalen Anerkennungs- und Willkommenskultur und um die Anerkennung von Integration als Zukunftsaufgabe der lokalen Politik. Das Projekt will im Ergebnis Handlungs- und Orientierungswissen für die kommunalen Akteure gewinnen und Handlungsempfehlungen zur Verbesserung kommunaler integrationspolitischer Handlungsansätze und zur Verknüpfung mit anderen strategischen Politikfeldern erarbeiten.

Forschungsschwerpunkte und Thesen

Das Forschungs-Praxis-Projekt wird sich auf fünf Forschungsschwerpunkte konzentrieren und geht dabei von einer Reihe von Grundannahmen aus, die im Projektverlauf weiterzuentwickeln und zu überprüfen sind. Die Schwerpunkte und die bisherigen Annahmen sind:

1. Entwicklungstendenzen von Klein- und Mittelstädten
 - Die historischen Zentren von Klein- und Mittelstädten werden durch den Zuzug von Zuwanderern gestärkt.
2. Städtische Identität
 - Städtische Identität ist stark durch Traditionen und baukulturelles Erbe geprägt.
 - Veränderte Bevölkerungs- und Nutzungsstrukturen führen zu Fremdheits- und Identitätskonflikten innerhalb der Stadtgesellschaft und zu einer veränderten Wahrnehmung des kleinstädtischen Innenstadtbereichs. Das Bild der „guten Stube“ bekommt Risse.
 - Städtische Identität ist nicht statisch, sie bildet sich in Dialog- und Aushandlungsprozessen der Stadtgesellschaft und ist daher veränderbar.
3. Sozialräumliche Integration in Klein- und Mittelstädten
 - Kleinstädte bieten gute Gelegenheitsstrukturen (räumliche Nähe, soziale Kontakte) für soziale Integration.
 - Eine Willkommens- und Anerkennungskultur vor Ort entfaltet insbesondere dann positive Wirkungen, wenn sie mit konkreten Maßnahmen untersetzt und mit Strategien der interkulturellen Öffnung verknüpft wird.
4. Gesellschaftliche Teilhabe
 - Von der Stadtgesellschaft gemeinsam getragene und durchgeführte Aktivitäten befördern und verbessern die Teilhabechancen (nicht nur) von Zuwanderern und haben positive Effekte für die sozialräumliche Integration sowie das nachbarschaftliche Zusammenleben; sie können auch zu einer städtebaulichen Aufwertung historischer Zentren beitragen.
5. Kommunale Handlungsansätze
 - Die Verzahnung integrations-, stadtentwicklungs- und wohnungspolitischer Handlungsansätze befördert diese Prozesse; hier liegt eine besondere Aufgabe für Stadtverwaltung und -politik.

Projektbausteine

Das Projekt gliedert sich in verschiedene Projektbausteine. Dabei stellt die Arbeit in Fallstudien das Herzstück dar – sowohl für die Überprüfung der Ausgangsthese als auch für die Beförderung einer lebendigen, vielfältigen Stadt. Diese Arbeit soll im Folgenden kurz erläutert werden.

Im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund wurden bundesweit neun Klein- und Mittelstädte zwischen 10.000 und 50.000 Einwohnern zur Teilnahme an dem Projekt ausgewählt. Sie repräsentieren beispielhaft die Herausforderungen und Chancen kleinstädtischer Zuwanderungsgesellschaften.

Hier die Auswahl der Projektkommunen:

- Germersheim, Landkreis Germersheim, Rheinland-Pfalz;
- Goslar, Landkreis Goslar, Niedersachsen;
- Ilmenau, Ilm-Kreis, Thüringen;
- Michelstadt, Odenwaldkreis, Hessen;
- Mühlacker, Enzkreis, Baden-Württemberg;
- Saarlouis, Landkreis Saarlouis, Saarland;
- Steinfurt, Kreis Steinfurt, Nordrhein-Westfalen;
- Weißenfels, Burgenlandkreis, Sachsen-Anhalt;
- Zittau, Große Kreisstadt, Landkreis Görlitz, Sachsen.

Auf Basis umfangreicher Erhebungen in den Fallstudienstädten sollen vor allem folgende Aktivitäten initiiert und durch das Difu begleitet werden: Förderung des Zusammenlebens von Einheimischen und Zugewanderten, Schaffung von Verantwortungsgemeinschaften zur Aufwertung der Innenstadt, der Verbesserung des Wohnens und der Nutzung öffentlicher Räume. Hierfür ist es erforderlich, dass die Teilnehmerstädte das Projektanliegen in die jeweiligen Stadtgemeinschaften kommunizieren und einen öffentlichen politischen Diskurs zu den Fragestellungen des Projektes organisieren. Ziel ist es, konkrete Projekte und Handlungsansätze zu initiieren, welche die sozialräumliche Integration von Zuwanderern in den Kommunen verbessern und zur Entwicklung der Innenstädte und einer städtischen Identität beitragen. Die konkreten Aktivitäten sollen an bestehende Strukturen und Netzwerke anknüpfen und hängen in ihrer Ausformung von den jeweils spezifischen Themenstellungen und mobilisierbaren Akteuren ab.

Darüber hinaus wird ein Netzwerk für die am Projekt beteiligten Klein- und Mittelstädte als Forum für den Erfahrungsaustausch eingerichtet. Während der dreijährigen Projektlaufzeit finden insgesamt drei weitere Netzwerktreffen statt, bei denen sich die Städte zu den Projektfragestellungen austauschen. Über den gesamten Zeitraum wird das Projekt durch einen Projektbeirat begleitet. An ihm sind Akteure aus Forschung und Praxis sowie Vertreterinnen und Vertreter der Projektpartner beteiligt. Der Projektbeirat ist ein inhaltlich unterstützendes Gremium, das der Qualitätssicherung des Forschungs-Praxis-Projektes dient. Das Projekt endet nach drei Jahren mit einer öffentlichen Abschlusskonferenz und einer Publikation, welche die Erfahrungen auswertend darstellt und Handlungsempfehlungen zur Förderung der sozialräumlichen Integration, der gesellschaftlichen Teilhabe und der städtischen Identität in Klein- und Mittelstädten enthält. Nähere Projektinformationen sind unter **www.vielfalt-in-stadt-und-land.de** öffentlich zugänglich.

2. Positionen und Impulse

Bedeutung und Perspektiven von Klein- und Mittelstädten im ländlichen Raum

Prof. Dr. Heike Liebmann, B.B.S.M. – Brandenburgische Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH



Heike Liebmann

In Deutschland gibt es 1.303 Kleinstädte in peripherer oder sehr peripherer Lage, die jeweils spezifische Probleme und Potenziale aufweisen. Dennoch handelt es sich bei „Kleinstädten“ um ein kaum erforschtes Untersuchungsfeld; eine klassische „Kleinstadtforschung“ existiert bislang nicht. Kennzeichnend ist daher ein Auseinanderfallen von Wissen und Erfahrungswerten (vgl. u.a. BBSR 2012, Dehne 2008). So stimmen idealisierte Wertvorstellungen von „Landlust“, „Wohnen im Grünen“ usw. kaum mit der vorgefundenen Realität im ländlichen Raum überein, in der nicht selten Stagnation, Schrumpfung und *Brain drain* das Erscheinungsbild prägen.

Während über Jahrzehnte in westdeutschen Ballungsräumen Suburbanisierungsprozesse im Fokus standen, ist es aktuell vor allem der ausgeprägte Bevölkerungsrückgang in peripher gelegenen Klein- und Mittelstädten, der die Binnenwanderung bestimmt. Im Gegensatz zu den Großstädten gelten Klein- und Mittelstädte – insbesondere in Ostdeutschland – damit als klare Verlierer der aktuellen räumlichen Bevölkerungsverteilung.

Die Renaissance der Großstädte führte in den letzten zehn Jahren zu einer Wanderungskaskade aus den ländlichen Gemeinden über die Klein- und Mittelstädte in die städtischen Ballungsräume. So speist sich beispielsweise das Wachstum Münchens auch aus den peripheren ländlichen Räumen Bayerns.

Zugleich muss festgehalten werden, dass Kleinstädte und deren Entwicklungen in keinem Fall homogen verlaufen; vielmehr sind deutliche Unterschiede in den Entwicklungsdynamiken erkennbar. Diese knüpfen häufig an die Unterscheidung von peripherer und nicht-peripherer Lage der Kleinstädte an. Während in Ballungsräumen gelegene Kleinstädte vielfach als Wohnorte für Beschäftigte der wachsenden Metropolen dienen, sind 55 Prozent der peripher und sehr peripher gelegenen Kleinstädte durch Schrumpfungsprozesse gekennzeichnet. Die Lage im Raum gilt daher als wichtigerer Einflussfaktor auf die demografische Entwicklung als etwa die Größe der Stadt. Zudem ergeben sich unterschiedliche Dynamiken aus regionalen und lokalen Besonderheiten und – in besonderem Maße – aus dem jeweiligen Angebot an Arbeitsplätzen vor Ort. Ausschlaggebend ist in vielen Fällen auch die Funktion, die die jeweiligen Kleinstädte für den sie umgebenden Raum ausfüllen. Verfügen sie über eine attraktive Infrastruktur in den Bereichen Verwaltung, Bildung, Medizin, Handel usw., steigt ihre Attraktivität für ein „Kommen und Bleiben“ deutlich an. Ohne derartige Ankerfunktionen oder sonstige Attraktivitätsfaktoren z.B. im touristischen Bereich sind viele peripher gelegene Kleinstädte weitgehend von positiven Entwicklungsdynamiken abgekoppelt und befinden sich daher nicht selten in einer „doppelten Abseitsposition“.

Die Konsequenzen, die sich aus der negativen Bevölkerungsentwicklung und zunehmenden Alterung der Bevölkerung im ländlichen Raum ergeben, sind vielfältig. Unter anderem wirken sich die Faktoren nachteilig auf die Kommunalfinanzen aus. Die Abhängigkeit von überlokalen Ressourcenzuweisungen provoziert daher nicht selten ein gezieltes „Suchen nach Fördermöglichkeiten“, welches das kommunale Denken und Handeln dann maßgeblich mitbestimmt.

Strukturelle Rahmenbedingungen (z.B. geografische Lage im Raum, Arbeitsplatzangebot) können von den Akteuren vor Ort nur schwer beeinflusst werden. Andere Faktoren lassen sich hingegen gezielt durch lokales Handeln steuern. So können etwa regionale Besonderheiten und Alleinstellungsmerkmale von Kleinstädten bewusst herausgearbeitet und aktiv „gepflegt“ werden. Eine entscheidende Rolle nehmen hierbei so genannte Schlüsselpersonen ein, wie der Bürgermeister, die Kommunalpolitiker oder auch einzelne Vertreter aus der örtlichen Privatwirtschaft. Zudem können Entwicklungskonzepte sowie lokale oder regionale Akteursnetzwerke bedeutende Schlüsselfaktoren darstellen. Gerade Kleinstädte profitieren darüber hinaus von einem regen Vereinsleben und dem Vorhandensein eines ausgeprägten bürgerschaftlichen Engagements.

Verglichen mit den Großstädten und Ballungsräumen sind die Anteile der Menschen mit Migrationshintergrund im ländlichen Raum gering. Sie lagen im Jahr 2009 bei rund sechs Prozent in den alten und etwa zwei Prozent in den neuen Bundesländern – gegenüber einem bundesweiten Wert von knapp neun Prozent. Kleinstädte haben sehr heterogene Integrationsbedingungen. Sie teilen jedoch die Herausforderung, dass kommunalem Handeln in der Regel nur sehr begrenzte (finanzielle und personelle) Ressourcen zur Verfügung stehen, um das örtliche Integrationsgeschehen zu „managen“. Hinzu kommt die spezifische Aufgabenteilung zwischen Landkreis und Gemeinde. Ein durchgängig vorzufindendes Integrationshemmnis für die Migrantinnen und Migranten sind die begrenzten Angebote vor Ort und die eingeschränkten Mobilitätsangebote zur Erreichung von z.B. Beratungsstellen und Integrationskursen.

Ein Kennzeichen von Kleinstädten stellt die herausragende Rolle von Schlüsselpersonen auch im Integrationsbereich dar. Daneben bestimmen das örtliche „Klima“ gegenüber Zuwanderung, die bereits vorhandene Vielfalt im Ort und etwa die lokalen Vereine über den Integrationserfolg.

Die Frage, wie es gelingen kann, dass ländliche Gemeinden nicht nur zum „Durchgangsraum“ werden, erscheint gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingssituation wieder hoch aktuell. Dabei können die im ländlichen Raum vergleichsweise leichteren Möglichkeiten zur Wohneigentumsbildung von Migrantinnen und Migranten als Potenzial für eine längerfristige Bleibeperspektive betrachtet werden. Weitere drängende Handlungsfelder liegen in der Bildungs- und der Arbeitsmarktintegration. Diese Themen sind gerade für strukturschwache Städte und Gemeinden ohne ausgeprägte Industrie von großer Bedeutung. Diese Städte und Gemeinden stehen in besonderem Maße vor der Frage, ob positive wirtschaftliche Impulse von der Zuwanderung ausgehen können. Hier scheint gerade der demografische Wandel viele kleinere Kommunen mittlerweile zu einer aktiven Integrationspolitik anzuregen.

Diskussion

Die Tatsache, dass in erster Linie die wirtschaftliche Prosperität die Entwicklungsdynamik einer Gemeinde bestimmt, kann am Beispiel von Duderstadt nachvollzogen werden, ergänzt im Anschluss an den Vortrag Herr Allimadi. In Duderstadt kann der Zentralitätsnachteil in einer weitgehend strukturschwachen Region durch einen großen Arbeitgeber und die entsprechende Bereitstellung von Arbeitsplätzen weitgehend ausgeglichen werden. Herr Ritgen betont, dass es eine Fehleinschätzung sei zu meinen, dass sich Arbeitsplätze vor allem in großen Städten befinden. Die Gleichung „Ballungsräume = Arbeitsplätze“ stimme so nicht, stattdessen befinden sich auch viele Arbeitsplätze im ländlichen Raum einiger Bundesländer. Nur ein Landkreis in Brandenburg habe beispielsweise eine höhere Arbeitslosigkeit vorzuweisen als Berlin; in Baden-Württemberg findet man die höchsten Arbeitslosenzahlen in Stuttgart.

In der Argumentation müsse jedoch berücksichtigt werden, um welche Arbeitsplätze es sich hierbei handelt, so die Erwiderung von Frau Liebmann. Häufig sei der ländliche Raum von Innovationsdynamiken (Forschung, Entwicklung, Unternehmenszentralen usw.) abgekoppelt und stelle eher die „verlängerte Werkbank“ dar.

Literatur:

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2012): Klein- und Mittelstädte in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme, Analysen Bau.Stadt.Raum Band 10, Bonn.

Dehne, Peter et al. (2008): Politik für periphere, ländliche Räume: Für eine eigenständige und selbstverantwortliche Regionalentwicklung, ARL Positionspapier Nr. 77, Hannover.

Heike Liebmann war 2013/2014 an einer Studie im Auftrag des BBSR zum Thema „Kleine Städte in peripherer Lage – Probleme, Potenziale und Perspektiven“ beteiligt, die als Vorstudie zur Vorbereitung eines gleichnamigen ExWoSt-Forschungsfeldes diente. Weitere Informationen dazu unter: <http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ExWoSt/Studien/2013/KleineStaedteperipherelagen>.

Integrationspotenziale ländlicher Kommunen. Was heißt Willkommenskultur?

Gudrun Kirchhoff, Difu

Die Themen Zuwanderung und Integration gewinnen auch im ländlichen Raum immer mehr an Bedeutung. Der demografische Wandel und der Fachkräftemangel haben die Themen ins Zentrum der lokalen Politik gerückt. Da über die Situation von Zuwanderern im ländlichen Raum wenig bekannt war, hat die Schader-Stiftung zwei bundesweite Forschungs-Praxis-Projekte zu Fragen der Integration im ländlichen Raum durchgeführt.



Gudrun Kirchhoff

Der folgende Beitrag bezieht sich auf Ergebnisse aus dem zweiten Projekt **„Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel“**, das von 2012 bis 2014 in Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund durchgeführt wurde. Das Projekt richtete sich gezielt an strukturschwache Kommunen im ländlichen Raum.

Zentrale Frage war, wie Integrationspolitik gestaltet sein muss, um die Potenziale der Zuwanderer zu erschließen, und ob eine strategische Ausrichtung sowie die interkulturelle Öffnung der kommunalen Institutionen und die Etablierung einer Willkommenskultur dazu beitragen können, die Teilhabe der Zuwanderer am Gemeinwesen zu verbessern und die Attraktivität für Neuzuwanderer zu erhöhen.

Ziele im Einzelnen:

- Perspektivwechsel in der Integrationspolitik hin zu einer Ressourcen- und Potenzialorientierung,
- Verbesserung der Angebotsstruktur kommunaler Integrationspolitik und der Teilhabechancen der Zuwanderer,
- Erhöhung der Integrationsbereitschaft der Aufnahmegesellschaft und Sensibilisierung für den Umgang mit kultureller Vielfalt,

- Anerkennung von Integration als querschnittsorientierter Zukunftsaufgabe und Verknüpfung mit den Herausforderungen des strukturellen und demografischen Wandels,
- interkulturelle Öffnung der kommunalen Institutionen und Etablierung einer Anerkennungs- und Willkommenskultur.

An dem Projekt waren bundesweit sieben Kommunen mit ihren Landkreisen beteiligt, die die Vielfalt des ländlichen Raums widerspiegeln. Die Größe der beteiligten Städte variierte von knapp 13.000 Einwohnern (Bergen) bis ca. 58.000 Einwohnern (Schwäbisch Gmünd). Außer der Stadt Bergen als Grundzentrum hatten alle die Funktion eines Mittelzentrums für die Region.

Das Projekt hatte einen aktivierenden Forschungsansatz. Mit Hilfe einer Forschungsbegleitung wurden über die Erhebungen hinaus konkrete Aktivitäten vor Ort in den Kommunen angeschoben und beratend begleitet. Um Prozesse der interkulturellen Öffnung einzuleiten, wurde die Forschungsbegleitung durch ein Seminar- und Coachingverfahren ergänzt, das die Führungsebene und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunalverwaltungen für interkulturelle Öffnung sensibilisiert und erste Umsetzungsschritte in ausgewählten Pilotabteilungen auf den Weg gebracht hat.

Zuwanderung im ländlichen Raum

Die jeweilige geografische Lage, die Siedlungsstruktur, die demografische und wirtschaftliche Entwicklung, aber auch die sozialhistorische Prägung und die lokale Zuwanderungsgeschichte sind Ausgangspunkte für die Situation der Zuwanderer in den ländlichen Regionen und die kommunale Integrationspolitik. Der Grad der Zuwanderung ist maßgeblich abhängig von der Wirtschaftskraft einer Region.

Im ländlichen Raum haben 11,4 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund (ca. 2 Mio., Vergleich bundesweit: 19 Prozent), in den verstädterten Regionen steigt ihr Anteil auf ca. 17 Prozent (4,3 Mio.), und in den Agglomerationsräumen liegt er bei 26 Prozent (ca. 10 Mio.). Je kleiner die Kommune, desto geringer ist der Anteil der aus dem Ausland zugewanderten Bevölkerung. Nur etwa sieben Prozent der Bevölkerung in Kommunen bis 5.000 Einwohner haben einen Migrationshintergrund, während es in den Städten ab 50.000 Einwohnern bereits 25 Prozent sind. Die vorhandenen Daten belegen, dass sich Zuwanderer im ländlichen Raum eher in den größeren Kleinstädten und den Mittelstädten ansiedeln.

Arbeitsmigranten der Gastarbeitergeneration und ihre Nachkommen, (Spät-)Aussiedler sowie Asylbewerber und Flüchtlinge stellen auch im ländlichen Raum die zentralen Migrationsgruppen der letzten Jahrzehnte dar. In vielen Kommunen fand Anfang der 1990er-Jahre ein starker Zuzug von Aussiedlerinnen und Aussiedlern insbesondere aus der ehemaligen Sowjetunion statt (in großer Zahl in Niedersachsen), diese stellen dort heute häufig die zahlenmäßig größte Zuwanderungsgruppe. Insgesamt gibt es große regionale Unterschiede. Ostdeutschland hat eine sehr geringe Zuwanderung. Die dortige Migration wird als Zuweisungsmigration von Spätaussiedlern, Flüchtlingen und Asylbewerbern bezeichnet, die mit einer hohen Fluktuation verbunden ist. Sobald der Aufenthaltsstatus gesichert ist, wandern die meisten Zuwanderer weiter in Regionen mit besseren Arbeitsmarktchancen und dorthin, wo Angehörige der eigenen Herkunftsgruppe leben.

Merkmale des ländlichen Raums – tendenzielle Hindernisse

Bezogen auf die Themen Zuwanderung und Integration sind einige Strukturmerkmale des ländlichen Raums zu nennen. Im Vergleich zu den Großstädten sind die Anteile von Menschen mit Migrationshintergrund niedrig. Die räumlichen Entfernungen und die geringere Siedlungsdichte führen zu hohen Mobilitätsanforderungen bei gleichzeitig schlechter ÖPNV-Ausstattung. Dadurch ist die Erreichbarkeit von Infrastruktur- und Beratungsangeboten und von weiterführenden Bildungsange-

boten eingeschränkt. Die geringe Größe der Zuwanderergruppe führt allgemein zu Problemen bei der Aufrechterhaltung der Hilfe- und Beratungsangebote und ihrer Legitimierung.

Insbesondere Frauen haben einen vergleichsweise schlechten Zugang zum Arbeitsmarkt. Dies liegt auch an der Wirtschaftsstruktur mit vielen kleinen und mittelständischen Gewerbe- und Handwerksbetrieben. Die Mobilitätseinschränkungen, aber auch Sprachbarrieren behindern zusätzlich die Arbeitsplatzsuche. Schwierig ist insbesondere die Ausbildungsplatzsituation für junge Frauen. Die Ausbildungsberufe sind stark auf männerdominierte Berufe im Handwerk ausgerichtet. Besondere Probleme ergeben sich daher für Mädchen und Frauen aus sehr traditionell orientierten Familienstrukturen z.B. der Türkei. Diese dürfen meist nicht zur Ausbildung an einen anderen Ort ziehen und sind deshalb häufig von der Berufswelt ausgeschlossen.

Neben den Strukturmerkmalen sind weitere Faktoren zu benennen, die die Integration erschweren können. So zeichnen sich ländliche Gemeinschaften durch hohe Anpassungserwartungen und eine intensive soziale Kontrolle aus, die ausgrenzend wirken können. Die Kommunen sind durch langlebige tradierte Strukturen geprägt, die als Integrationsbarrieren wirken können. Eine latente Fremdenfeindlichkeit gilt vor allem als Phänomen der ländlichen Regionen Ostdeutschlands. Sie ist aber nicht nur dort zu finden. Die Ablehnung von Fremden, auch wenn sie nur aus der Nachbarregion kommen, gilt als Kennzeichen einer ländlichen Gemeinschaft und dient der Sicherung der eigenen „Gruppe“.

Potenziale ländlicher Kommunen

Als Potenziale für Integration in kleinen Städten des ländlichen Raums gelten die räumliche Nähe, die Übersichtlichkeit und die soziale Einbindung. Sie erleichtern die Kontaktebenen und die Möglichkeit der Integration. Hinzu kommen flache Hierarchien und kleinräumige Entscheidungsstrukturen, die den Zugang in die städtische Gesellschaft erleichtern.

Große Bedeutung für den Integrationsprozess haben Einzelpersonen und ein ausgeprägtes bürgerschaftliches Engagement – die städtischen Eliten, also Bürgermeister, Vereinsvorsitzende, lokal verankerte Unternehmer sind mit ihrer Haltung gegenüber Fremden entscheidend für die Integration von Zuwanderern.

Integration ist stark an die Teilnahme am Vereinsleben gekoppelt. Sportvereine spielen eine große Rolle für die Integration von Zuwanderern, hier besteht in der Regel ein niedrighschwelliger Zugang. Die Kirchen und die religiösen Gemeinschaften der Zuwanderer spielen ebenfalls eine große Rolle im Integrationsprozess. Sie sind vielfach Ankerpunkte für das Zusammenleben der Migranten-Communities.

Im Vergleich zu den Großstädten ist die Wohnsegregation gering – wenn, dann nur kleinräumig auf Straßenzugsebene oder auf Ebene eines Wohnblocks. Dies hat z.B. zur Folge, dass strukturelle Benachteiligungen aufgrund sozialräumlicher Segregation von Schülerinnen und Schülern in den Bildungsinstitutionen weniger stark ausgeprägt sind. Gleichwohl können diese Viertel einer starken Stigmatisierung ausgesetzt sein: als Flüchtlingsghetto oder Armenviertel. Die Wohnsegregation ist in ostdeutschen Kommunen deutlicher ausgeprägt, Zuwanderer leben häufiger konzentriert an einem Standort in ehemals leerstehenden Plattenbauten.



Plenum

Man kann insgesamt von einer Ambivalenz sprechen. Entscheidend für ein offenes und tolerantes Integrationsklima sind die Haltung der städtischen Eliten und die Tradition des Ortes mit seiner jeweiligen Zuwanderungsgeschichte.

Spezifika kommunaler Integrationsstrukturen

Vor allem die Landkreise haben Strukturen und Instrumente der Integrationsarbeit aufgebaut, dazu zählen Integrationsberichte, Integrationskonzepte, Integrationsbeauftragte, Integrationsbeiräte. Die kleinen kreisangehörigen Gemeinden orientieren sich an den Landkreisen, haben aber in der Regel keine speziellen Strukturen.

Das Thema interkulturelle Kompetenz und interkulturelle Öffnung rückt erst langsam in den Fokus. Wenn überhaupt, hat man einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Fragen der interkulturellen Kompetenz schulen lassen, hat dies aber nicht in ein strategisches Gesamtkonzept eingebunden. In der Regel gibt es keine Personalentwicklungsstrategie zur Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund. Meist wissen die Verwaltungen auch nicht, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Migrationshintergrund haben. Ihnen wird aber bewusst, dass sie sich darum kümmern müssen, zumal in den nächsten fünf bis zehn Jahren viele Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in Rente gehen und sie Schwierigkeiten mit der Wiederbesetzung von Stellen haben werden.

Ein großes Thema sind die mangelnden Ressourcen in den Kommunalverwaltungen und die schlechte Haushaltslage, so dass viele freiwillige Leistungen nicht mehr angeboten werden können. Deshalb ist vieles im Bereich Integration auf zeitlich befristete Projektförderung angewiesen. Intermediäre Organisationen, wie Caritas, AWO oder Rotes Kreuz, sind häufig die zentralen Akteure, sie bieten Beratung, Sprach- und Integrationskurse an. Wichtig wären aber Strukturen mit langfristiger Perspektive, um Integration wirklich nachhaltig gestalten zu können.

Auffällig sind die geringe Aufmerksamkeit seitens der lokalen Politik für Fragen der Integration und das Fehlen von Anerkennung für die in der Integrationsarbeit Aktiven.

Grundsätzlich ist im ländlichen Raum die geringe Einbindung und Partizipation von Migrantinnen und Migranten festzustellen; dies liegt auch an der Größe der Gruppen und ihrer geringen Selbstorganisation. Den Kommunalverwaltungen fehlen daher Ansprechpartner und Repräsentanten für Aushandlungsprozesse.

Potenzialorientierte Integrationspolitik

Zunächst müssen sich Politik und Verwaltung über die Ziele der kommunalen Integrationspolitik verständigen und die zentralen Handlungsfelder festlegen. Diese sollten im besten Fall mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam diskutiert und von der Kommunalpolitik als Leitlinien/Leitkonzept verabschiedet werden. Integration sollte Chefsache sein und als Querschnittsaufgabe in den kommunalen Regelstrukturen verankert werden. Wichtig ist es auch, Integration mit anderen Zukunftsaufgaben zu verknüpfen, z.B. mit dem demografischen Wandel und allgemeinen Fragen der Stadtentwicklung und Daseinsvorsorge, um kommunale Ressourcen zu bündeln, eine ganzheitliche Entwicklungsstrategie zu etablieren und Akzeptanz zu schaffen.

Erfolgreiche Integrationspolitik beruht auf der Vernetzung der Akteure und ihrer Zusammenarbeit. Grundsätzlich gilt: Netzwerke müssen moderiert und begleitet werden. Wichtig ist demnach ein Ansprechpartner/Kümmerer in der Verwaltung (z.B. Integrationsbeauftragter), der die Arbeit koordiniert und sowohl nach innen als auch nach außen vernetzt. Wichtig sind auch eine gute Zusammenarbeit zwischen Kommunalverwaltung, den sozialen Institutionen und den Vereinen und Initiativen sowie die Schaffung von Teilhabemöglichkeiten für Migrantinnen und Migranten, am

besten durch direkte persönliche Ansprache und die Unterstützung bei der Selbstorganisation. Denn Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe sind wesentliche Voraussetzung für den Integrationsprozess.

Von besonderer Bedeutung ist die interkulturelle Öffnung der Kommunalverwaltungen und städtischen Institutionen. Interkulturelle Öffnung bedeutet, den Zugang zu Angeboten und Dienstleistungen der Verwaltung für alle zu ermöglichen. In diesem Sinne ist sie eine „soziale Öffnung“ der Institutionen mit dem Ziel, Chancengerechtigkeit und Teilhabemöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger herzustellen. Dabei gilt es, das Verwaltungshandeln auf allen Ebenen (Leitbild, Kommunikation, Umgang, Mitarbeiterstruktur, Ressourcenverteilung etc.) kritisch zu hinterfragen, unbewusste Diskriminierungsmechanismen zu erkennen und einen besseren, d.h. „barrierefreien“ Zugang zu schaffen.

Interkulturelle Öffnung sollte als ein ganzheitlicher Prozess der Organisations- und Personalentwicklung verstanden werden. Grundsätzlich ist die Erhöhung des Anteils der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in öffentlichen Verwaltungen wichtig und kann Vorbildcharakter für die örtlichen Unternehmen haben. Denn die Zuwanderer müssen sich in den Institutionen wiederfinden, damit sie einen Anreiz haben, sich mit der Gesellschaft zu identifizieren. Gleichzeitig fördert die Präsenz von Zuwanderern in öffentlichen Institutionen deren Anerkennung und eine Normalisierung des Zusammenlebens.

Willkommensstrategien

Um die Attraktivität der Gesellschaft für Zuwanderer zu steigern, wird vermehrt über die Schaffung einer Willkommens- und Anerkennungskultur diskutiert. Das Schaffen einer Willkommens- und Anerkennungskultur zielt insgesamt auf Toleranz und Respekt gegenüber Menschen mit anderen kulturellen Wurzeln und steht in engem Zusammenhang mit Fragen der interkulturellen Öffnung.

Die Willkommenskultur richtet sich an Neuzuwanderer, unterstützt diese bei der Ankunft und dem Einleben in die Aufnahmegesellschaft. Eine Verbesserung der Willkommenskultur kann durch sehr einfache, aber wichtige Maßnahmen erfolgen: zum Beispiel durch einen regelmäßigen Empfang beim Bürgermeister für Neubürger oder ein mehrsprachiges Infopaket mit allen wichtigen Informationen und den Adressen der Anlauf- und Beratungsstellen. Sehr erfolgreich sind Lotsen- und Mentorenprogramme. Dabei handelt es um ein aufsuchendes Angebot mit einem niedrighwelligen Zugang zu kommunalen Institutionen und Beratungsangeboten. Häufig übernehmen Frauen mit Migrationshintergrund diese Lotsentätigkeit. Einige Bundesländer haben Programme zur Qualifizierung von Integrationslotsen aufgelegt. Allerdings gibt es in der Regel keine Finanzierung der Lotsentätigkeit, maximal Aufwandsentschädigungen. Im Kontext der Anforderungen, die große Zahl an Flüchtlingen zu betreuen und zu integrieren, könnten hier Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Migrationshintergrund entstehen. Dies bedarf der Anerkennung eines entsprechenden Berufsbildes und einer zusätzlichen Finanzierung.

Wichtig ist auch die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten durch gemeinsame Feste und Veranstaltungen, Kulturprojekte, Nachbarschaftszentren oder sonstige Begegnungsräume. Um Hemmschwellen und Vorbehalte abzubauen, sind zudem Projekte sinnvoll, die die Zuwanderer besser sichtbar machen, z.B. über Ausstellungen zu deren Lebenswegen oder die Darstellung von einzelnen Zuwanderern im Internet oder den lokalen Medien.

Eine Kultur der Anerkennung richtet sich im Unterschied zur Willkommenskultur an die schon länger oder lange hier Lebenden und würdigt deren Leistungen zur gesellschaftlichen Entwicklung. Dazu zählt auch die Würdigung der ehrenamtlichen Arbeit in Vereinen, z.B. durch Einladungen beim Bürgermeister oder die Verleihung von Urkunden und Preisen. Hier fehlt es manch-

mal an Geld, aber häufiger noch an Beratung und Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen und an Möglichkeiten der Weiterbildung.

Ein zentraler Baustein zur Verbesserung der Willkommenskultur wäre ein neues Selbstverständnis der Ausländerbehörde als Dienstleister und Servicestelle. Sie ist erste Anlaufstelle für die Zuwanderer und damit der erste Zugang zum Aufnahmeland. Dies bedeutet eine Abkehr der Behörde von einer rein ordnungsrechtlichen und sicherheitspolitischen Sicht, was nicht einfach ist. Für ein Gefühl des Aufgenommen-Seins ist nicht nur der Umgang der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörde mit Zuwanderern von entscheidender Bedeutung. Wichtig ist vielmehr auch, wie die Räume der Behörde gestaltet sind, ob gastfreundlich oder eher abweisend, und wo diese lokal verortet ist, zentral und gut erreichbar oder an einem abgelegenen Standort. Derzeit läuft dazu bis Ende 2015 das **Modellvorhaben des BAMF „Ausländerbehörden – Willkommensbehörden“**. An dem Projekt sind auch ländliche Regionen beteiligt: die Landkreise Deggendorf (Bayern) und Wetterau (Hessen) und die Stadt Bietigheim-Bissingen (Baden-Württemberg). Auf der Website des BAMF sind Informationen zum Projekt abrufbar.

Literatur:

Schader-Stiftung (Hrsg.): Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projektes. Darmstadt 2011.

Gesemann, Frank/ Aumüller, Jutta/ Arslan, Bülent/ Can, Derya: Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in strukturschwachen ländlichen Regionen. Ein Handbuch für Kommunen. Darmstadt 2014: Schader-Stiftung.

Flüchtlinge im ländlichen Raum – Chance oder Zumutung? Wie gelingen neue Nachbarschaften?

Dr. Jutta Aumüller, DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration



Jutta Aumüller

Das Thema, das über diesem Impuls steht, ist sehr allgemein gehalten, aber auch vielschichtig, und man kann es unter verschiedenen Ausschnitten betrachten. Man kann sich anschauen, wie überhaupt die Unterbringung von Asylbewerbern in ländlichen Kommunen erfolgt, wozu die Landkreise und kreisfreien Städte nach den Flüchtlingsaufnahmegesetzen der Länder verpflichtet sind. Man kann sich aber auch darauf konzentrieren, wie eine längerfristige Niederlassung anerkannter Flüchtlinge erfolgt, wie sie kommunalpolitisch begleitet und gestaltet

werden kann, und ob in einer Kommune überhaupt Interesse daran besteht, Flüchtlinge als neue Nachbarn zu gewinnen. Ich möchte mich in meinem Impuls schwerpunktmäßig auf den erstgenannten Aspekt konzentrieren – nämlich die Aufnahme und Wohnunterbringung von Asylbewerbern, und dann am Ende ein paar Schlaglichter darauf werfen, wie Flüchtlinge auch längerfristig eine Adressatengruppe kommunaler Integrationspolitik werden können.

Vorausschicken möchte ich auch, dass es schwierig ist, sich in der momentanen immensen Flüchtlingszuwanderung mit täglich mehreren Tausend neuen Asylbewerbern einen strukturierten Überblick zu verschaffen. In den Kommunen herrscht der Krisenmodus, alle Beteiligten sind enorm beansprucht, und kaum hat man eine Information, ist sie schon wieder veraltet. Trotzdem überlegen wir jetzt in der Forschung sehr intensiv, wie die Integration der neu ankommenden Menschen langfristig gelingen kann, und ich halte es für notwendig, dass man auch auf der kommunalen Ebene sich jetzt bereits Gedanken darüber macht und beginnt, die Weichen dafür zu stellen.

Ich beziehe mich in meinem Impuls auf eine Studie zur Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen, an der ich seit einem Jahr mit zwei Kolleginnen gearbeitet habe und die letzte Woche veröffentlicht wurde. Der Ausgangspunkt der Studie war die Beobachtung, dass es an manchen Standorten für neue Flüchtlingsunterkünfte massive Bürgerproteste gibt, an anderen aber überhaupt nicht. Wir wollten mit unserer Untersuchung herausfinden, wie die Aufnahme von Asylbewerbern eigentlich erfolgen muss, wie sie organisiert sein muss, wie sie kommuniziert werden muss, damit sie in der örtlichen Bevölkerung akzeptiert wird.

Insgesamt haben wir dabei mit verantwortlichen Personen in 16 Kommunen in Deutschland gesprochen – die beiden kleinsten hatten eine Bevölkerungszahl von 4.000 Einwohnern –, bis hin zu Großstädten, und ich versuche, mich hier vor allem auf die Situation in den Klein- und Mittelstädten zu beziehen.

Die Aufnahme und Verteilung von Asylbewerbern erfolgen bekanntlich in einem hochbürokratisierten Verfahren, auf das Kommunen keinen Einfluss nehmen können, zumindest nicht auf die Zahl der Flüchtlinge. Gewisse Freiräume bestehen aber in der Art der Unterbringung. Zwar legt das Asylverfahrensgesetz die Unterbringung von Asylbewerbern in Gemeinschaftsunterkünften nahe, aber dabei handelt es sich um eine Soll-Vorschrift, aus der für die Länder keine unmittelbare Verpflichtung abzuleiten ist. Die einzelnen Bundesländer gehen unterschiedlich dabei vor, welche Vorschriften sie den Kommunen über die Mindestausstattung der Unterkünfte für Asylbewerber machen: Manche Bundesländer legen verbindliche Mindeststandards fest, andere überhaupt keine, und einige Länder formulieren Empfehlungen an die Kommunen. Die Debatte um die Qualität der Flüchtlingsunterbringung – im Sinne eines humanitär akzeptablen Standards – macht sich häufig an dem Gegensatz zwischen zentraler und dezentraler Unterbringung fest – also daran, ob Asylbewerber in Gemeinschaftsunterkünften oder in Einzelwohnungen untergebracht werden. Ganz so schematisch lässt sich diese Frage allerdings nicht zuspitzen, denn was im Einzelfall alles unter Gemeinschaftsunterkunft verstanden wird, weist praktisch in der Ausstattung doch eine große Bandbreite auf.

In den letzten Jahren haben zahlreiche Städte und Landkreise eigene Konzepte zur Unterbringung von Asylsuchenden entwickelt. Obwohl diese Konzepte lokal unterschiedlich gestaltet sind, bedeuten sie praktisch immer eine Verbesserung der Wohnsituation gegenüber den landesgesetzlich vorgeschriebenen Standards. In unserer Studie hat uns die Frage beschäftigt, welchen Einfluss kommunale Konzepte zur Flüchtlingsunterbringung eigentlich auf den konkreten Umgang mit der derzeit hohen Flüchtlingszuwanderung haben.

Ausgearbeitete kommunale Leitlinien zur Wohnunterbringung von Asylbewerbern tauchen erstmals um das Jahr 2000 auf; z.B. Leverkusen (2000), Berlin (2003), Köln (2004). Bei dieser ersten Generation von Unterbringungsleitlinien ging es meistens um einen Wechsel von einer bis dahin zentralen zu einer dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern in Einzelwohnungen. Geschuldet waren sie den damaligen Umständen: Zu Beginn der 2000er-Jahre waren die Asylzahlen niedrig und der Wohnungsmarkt in diesen Städten entspannt. In diesen Konzepten verbinden sich humanitäre mit kostenpragmatischen Absichten: Man stellte fest, dass eine nach psychosozialen Überlegungen flüchtlingsfreundlichere Unterbringung in Einzelwohnungen oder kleinen Wohneinheiten auch für den kommunalen Haushalt die günstigere Variante bildet. Mittlerweile

muss man aber leider zumindest für Berlin und Köln feststellen, dass dort die Wohnungsmärkte in den letzten Jahren immer enger wurden, so dass diese Städte momentan mit einer massiven Obdachlosigkeit von Asylsuchenden zu kämpfen haben. Ein dezentrales Unterbringungskonzept allein ohne eine soziale Wohnungspolitik nützt also offenbar noch wenig.

Seit einigen Jahren haben immer mehr Kommunen eine solche Konzeptentwicklung auf den Weg gebracht. In dieser neueren Generation von Unterbringungsleitlinien geht es nicht immer um eine ausschließlich dezentrale Wohnunterbringung von Asylbewerbern. Häufig sind das mehrstufige Unterbringungsmodelle, die eine Handlungskette, ausgehend von einer Orientierungsphase in einer städtischen Erstaufnahmeeinrichtung hin zum eigenständigen Einzelwohnen, entwerfen. Praktisch alle diese Konzepte sind mit weiterführenden Angeboten einer psychosozialen Betreuung verbunden, und über die bloße Unterbringung hinaus geht es immer auch erkennbar darum, dass sich Kommunen eine eigenständige und strukturierte Handlungskompetenz in der Flüchtlingsaufnahme erarbeiten.

Wir haben uns dabei auch zwei Landkreise angesehen: den oberfränkischen Landkreis Coburg und den Main-Kinzig-Kreis in Hessen. Im Landkreis Coburg wurde 2011 ein Modell der dezentralen Unterbringung entwickelt, womit Asylbewerber gleichmäßig auf die Städte und Gemeinden des Landkreises verteilt werden sollten. Eingebunden in die Konzeptentwicklung wurden die Bürgermeister der Gemeinden, zivilgesellschaftliche Akteure und die beiden kreiseigenen Wohnungsbauunternehmen, da Wohnungen für Flüchtlinge akquiriert werden mussten. Das Konzept fand parteiübergreifend Unterstützung; alle kreiseigenen Städte und Gemeinden verpflichteten sich verbindlich, Wohnungen vor Ort zur Verfügung zu stellen. Angedockt wurde das Konzept an die im Landkreis praktizierte Sozialraumorientierung in der sozialen Arbeit. Im Kreis existiert ein flächendeckendes Netzwerk von sozialen Diensten und Jugendpflege, Vereinen, Schulen und Kindergärten. Auch diese erklärten sich bereit, definierte Aufgaben in der Flüchtlingsaufnahme zu übernehmen. Anfang dieses Jahres war man auch dort sehr angespannt mit der Unterbringung, vor allem weil zu diesem Zeitpunkt viele spontan eingereiste Kosovaren versorgt werden mussten. Trotzdem erwies sich das Konzept der dezentralen Unterbringung als hilfreich, weil dadurch bereits wichtige Vernetzungen mit den Gemeinden im Kreis, ihren Bürgermeistern und den dort vorhandenen sozialen Angeboten hergestellt waren. Die Konzeptentwicklung bedeutete hier also einen klaren Vorsprung in der interkommunalen Netzwerkarbeit.

Auf ein besonders elaboriertes Konzept möchte ich hier zumindest hinweisen: das Anfang 2015 beschlossene Konzept der Stadt Schwäbisch Gmünd mit 60.000 Einwohnern mit dem Titel „Willkommenskultur für Flüchtlinge“. Es umfasst einen 5-Stufen-Plan zur Eingliederung von Flüchtlingen und ist gedacht als eine Art persönliche Integrationsvereinbarung, die ein Asylbewerber mit der Stadt, und in diesem Fall mit der Ausländerbehörde, schließt, und es reicht weit über bisher bekannte Konzepte zur kommunalen Flüchtlingsaufnahme hinaus.

Uns hat in der Studie interessiert, wie belastbar solche Konzepte eigentlich sind, wenn Kommunen, so wie derzeit, in der Flüchtlingsaufnahme unter Stress stehen und heute noch gar nicht genau wissen, wen sie in den nächsten Tagen neu aufnehmen müssen.

- Alle Kommunen, die wir dazu befragten, hoben hervor, dass diese Konzepte trotzdem ein hohes Maß an Orientierung und Handlungssicherheit bieten, auch wenn die Vorgaben, gerade auch zu einer dezentralen Unterbringung, derzeit nicht punktgenau umgesetzt werden können.
- Die Konzepte haben den Vorteil, dass sie schon in ihrer Entwicklung eine Vernetzung von kommunalen Beteiligten schaffen, dass oft auch zivilgesellschaftliche Akteure, z.B. Flüchtlingsinitiativen, mit einbezogen werden und dass man sich in der gegenseitigen Rollenaufteilung abstimmt. Diese Vernetzungsfunktion spielt gerade in Landkreisen eine wichtige Rolle, weil sich dort dann eine ganze Reihe von Bürgermeistern miteinander abstimmen und auf gemeinsame Ziele einigen muss.

- Solche Konzepte, und das ist durchaus bedeutsam, tragen viel dazu bei, die Akzeptanz der Flüchtlingsaufnahme in der lokalen Bevölkerung insgesamt zu erhöhen, indem sie öffentlich kommuniziert werden und damit Transparenz schaffen. Aber auch wenn sich die Skepsis in Teilen der Bevölkerung nicht immer dadurch beseitigen lässt, signalisieren sie zumindest, dass man an der kommunalen Spitze überlegt und strategisch handelt und dass die Flüchtlingsaufnahme ein Handlungsfeld ist, auf dem man ähnlich strukturiert vorgeht wie in anderen kommunalen Handlungsbereichen. Offensichtlich verbessert die Entwicklung und öffentliche Kommunikation eines Konzepts zur Flüchtlingsunterbringung auch dann die Akzeptanz in der Bevölkerung, wenn Asylbewerber nicht durchweg dezentral untergebracht werden können.
- Ganz klar zeigte sich aber bei unseren Recherchen, dass eine dezentrale Unterbringung – oder zumindest kleinere Wohneinheiten – die Akzeptanz von Flüchtlingen in den örtlichen Nachbarschaften verbessert. Unterkünfte, die eine bestimmte Aufnahmekapazität überschreiten – in den Interviews wurden hierbei Grenzwerte zwischen 50 und 100 Personen genannt, je nach Größe der Kommune – forcieren ablehnende Haltungen, da die Integration der Bewohner in die Nachbarschaft blockiert wird und da solche Einrichtungen leichter einer rassistischen und rechtsextremen Mobilisierung Vorschub leisten. Dagegen waren Anwohnerproteste gegen Flüchtlinge in Einzelwohnungen in den von uns befragten Kommunen weitgehend unbekannt. Zweitens spielt auch die Bauweise eine Rolle: Die Unterbringung in leer stehenden Gebäuden wird in der benachbarten Bevölkerung eher akzeptiert als Behelfsunterkünfte in Form von Containern oder ähnliche Provisorien. Wohnunterkünfte für Flüchtlinge – auch Einzelwohnungen – müssen einen akzeptablen qualitativen Zustand aufweisen, dürfen keine Schrottimmobilien sein, damit eine Stigmatisierung vermieden wird. Im günstigen Fall kann mit der Flüchtlingsunterbringung sogar eine Wohnaufwertung erzeugt werden: Aus einigen nordrhein-westfälischen Kommunen wurde berichtet, dass durch die dezentrale Unterbringung örtlichem Wohnungsleerstand begegnet und eine positive Quartiersentwicklung initiiert werden konnte.
- Gerade in ländlichen Regionen gilt die Unterbringung von Flüchtlingen als ein schwieriges Thema, weil diese tendenziell auf eine größere Ablehnung stoßen. In unserer Studie aber ist in den untersuchten Landkreisen und Kleinstädten ein deutlicher Wandel in der Akzeptanz von Flüchtlingen festzustellen: Zum einen lässt sich eine dezentrale Unterbringung leichter in Landkreisen mit kleineren Gemeinden implementieren, zum anderen entstehen hier viele direkte nachbarschaftliche Kontakte zwischen Asylsuchenden und lokaler Bevölkerung. Allerdings erweist sich die Akzeptanz von Flüchtlingen in solchen Regionen, in denen die lokale Demokratie nur schwach verankert ist und in denen ein starker Einfluss rechtsextremer Kräfte herrscht, weiterhin als schwierig.

Man kann sich nun fragen, was all diese schönen Ergebnisse nützen, wenn derzeit Flüchtlinge in einer Zahl ankommen, dass sie in Turnhallen, Zelten und leer stehenden Baumärkten untergebracht werden müssen. Sie kennen vermutlich auch das Beispiel von Sumte, einem niedersächsischen Dorf mit 100 Einwohnern, in dem im November eine Erstaufnahmeeinrichtung für 1.000 Flüchtlinge in einem leer stehenden Bürokomplex aufgemacht wurde. Solche Provisorien können nur für eine begrenzte Zeit bestehen bleiben, und es muss eine zügige Weiterverteilung in die Städte und Landkreise erfolgen. Der optische Eindruck von Monumentalität wirkt sich immer ungünstig auf die Akzeptanz aus und muss, wo immer möglich, vermieden werden.

Die Flüchtlingszuwanderung wird die Bevölkerung in Deutschland langfristig wieder vergrößern – das ist ein sehr erfreulicher Effekt. Es werden Investitionen erforderlich in den Wohnungsbau, aber auch in Kindergärten, Schulen, in die Arbeitsmarktförderung und, und, und. Und dabei muss immer deutlich erkennbar sein, dass diese Investitionen Zukunftsinvestitionen sind, die allen Menschen in der Gesellschaft zugutekommen. Eine gute Flüchtlingsaufnahmepolitik erfordert immer auch eine gute, transparente Kommunikation, und die Krisenszenarien, die von einigen politischen Parteien – und übrigens auch von einer süddeutschen Partei in Regierungsverantwortung – an die

Wand gemalt werden, helfen da überhaupt nicht weiter. Da würde ich mich als Bürgermeisterin schön bedanken.

Für die kommunale Integrationspolitik bedeutet die Zuwanderung von Flüchtlingen zweierlei. Einerseits kommen dadurch Menschen, von denen ein Teil langfristig, vielleicht dauerhaft bleiben wird und die als Neubürger zu integrieren sind. Andererseits sind darunter auch Menschen, die nach einer Weile wieder gehen werden, weil sie nach Abschluss des Asylverfahrens anderswo eine Perspektive für sich finden oder weil sie nicht dauerhaft in Deutschland bleiben können. Auch mit diesem Modus von Kommen und Gehen müssen Kommunen klar kommen, und der soziale Frieden muss dabei gewahrt werden.

Auf der kommunalen Ebene sehe ich vor allem drei Dinge vordringlich:

1. Die Flüchtlingsaufnahme muss stärker mit der allgemeinen kommunalen Integrationspolitik verknüpft werden und genau wie diese als ein ressortübergreifendes Thema vorangetrieben werden. Die augenblickliche Erfahrung zeigt, dass das Asylthema nicht mehr nur in lokalen Ausländerbehörden und Sozialreferaten behandelt wird, sondern zunehmend in die Zuständigkeit kommunaler Integrationsbüros eingegliedert wird. An dieser strategischen Ausrichtung muss weiter gearbeitet werden, auch mit Blick auf die Sozialraumentwicklung, die Wohnbauförderung, die kommunale Bildungs- und Arbeitsmarktförderung und die Gestaltung des bürgerschaftlichen Engagements.
2. Wie gut die einzelnen Städte und Gemeinden mit der Flüchtlingsaufnahme und -integration klar kommen, hängt vom Handeln der Verwaltung ebenso ab wie von einer Bürgerschaft, die sich akzeptierend verhält und, besser noch, sich für die Flüchtlinge aktiv engagiert. Eine noch so ausgeprägte zivilgesellschaftliche Willkommenskultur, wie wir sie gegenwärtig in der Flüchtlingsaufnahme erleben, ist aber kein Ersatz für strukturelle Integration. Sie entlässt Staat und Politik nicht aus der Verantwortung, rasche und tragfähige Angebote für die Integration der Neuzuwanderer auf den Weg zu bringen und für eine vernünftige Finanzierung zu sorgen.
3. Man muss sich in den Kommunen klar darüber sein, dass die Flüchtlingsaufnahme auch künftig ein Thema sein wird. Und gerade vor Ort wird man sich überlegen müssen, wie man Menschen, die im Asylverfahren in eine passive Rolle hineingedrängt werden, aktivieren und zur Beteiligung am lokalen Gemeinwesen motivieren kann. Mittlerweile sind wir in einer Situation, dass die Globalisierung – oder wenn Sie mögen, die Kehrseite der Globalisierung – in Gestalt geflüchteter Menschen in jeder Kleinstadt erfahrbar wird. Das heißt aber auch, dass sich unsere Vorstellung von Zugehörigkeit wandeln muss. Die Teilhabe am örtlichen Leben kann und darf nicht mehr vom Aufenthaltsstatus abhängig gemacht werden. Die aktive Teilhabe der Geflüchteten ist notwendig, damit diese Menschen dazu befähigt werden, ihr Leben so schnell wie möglich selbst in die Hand zu nehmen. Sie ist auch notwendig, damit in der örtlichen Bevölkerung selbst ein Wir-Gefühl entsteht, das auch die umfasst, die ursprünglich nicht freiwillig gekommen sind. Eine solche Gegenseitigkeit herzustellen ist durchaus eine Herausforderung für Willkommenskultur, und ich bin gespannt, welche guten Beispiele für eine solche Kultur in Ihrem Projekt in den nächsten Jahren entstehen werden.

Literatur:

Aumüller, Jutta/ Bretl, Carolin: Lokale Gesellschaften und Flüchtlinge: Die kommunale Integration von Flüchtlingen in Deutschland. Bonn 2008.

Aumüller, Jutta/ Daphi, Priska/ Biesenkamp, Celine: Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. Stuttgart 2015: Robert Bosch Stiftung.

3. Erfahrungsaustausch

Thematisch 1: Innenstadt und städtische Identität

Statement: Karl-Dieter Keim, ehem. Leibniz-Institut für Regionalplanung und Strukturentwicklung

Moderation: Ricarda Pätzold, Difu

In seinem Eingangsstatement nähert sich Karl-Dieter Keim zunächst einer Definition mit den verschiedenen Aspekten des schwer zu fassenden Begriffs „Städtische Identität“.

„Identität“ kann allgemein verstanden werden im Sinne von Unverwechselbarkeit und als eine Art Eigenlogik in Abgrenzung zu anderen. Die Frage nach städtischer Identität kann demnach zuge- spitzt werden in der Frage: „Was macht eine Stadt eigentlich aus?“

Aus Sicht von Karl-Dieter Keim ist zu- nächst zu unterscheiden zwischen indi- vidueller und kollektiver Identität, wo- hingegen die kollektive wiederum aufge- teilt werden kann in eine kollektive Iden- tität nach innen (gemeinsam geteilte Auf- fassungen) und nach außen.



Heike Liebmann, Karl-Dieter Keim, Armin Dauner

Die Identität nach außen wird mitunter genutzt für Imagekampagnen und Marketingstrategien einer Stadt. In der Realität liegen jedoch keine einfachen, sondern stets multiple Identitäten vor. Auch die Identität einer Stadt ergibt sich demnach nicht aus einem einzigen Element, sondern aus einer Vielzahl unterschiedlicher, zum Teil gar widersprüchlicher Elemente und ist in der Regel hochkomplex. Weiterhin muss unterschieden werden zwischen statischen und prozesshaften bzw. dynamischen Identitäten. Während sich die statische Identität z.B. aus dem historischen Erbe einer Stadt ableiten lässt, ergibt sich die prozesshafte immer wieder von neuem und unterliegt ständiger Veränderung. Aus Sicht von Karl-Dieter Keim kann es in modernen Gesellschaften eine rein stati- sche Identität nicht geben. Identitätsprozesse werden dabei aktiv und bewusst vollzogen, und „passieren“ nicht einfach. Eine Identität ist folglich keine gegebene Eigenschaft, sondern in der Regel das Ergebnis von Aushandlungsprozessen, in denen unterschiedliche Auffassungen und Prio- ritäten miteinander konkurrieren.

Als „Innenstadt“ kann man den Kern der europäischen Stadt bezeichnen, wobei die Begrenzung im konkreten Fall nicht immer eindeutig ist.

In der anschließenden Diskussion wird zunächst die Frage gestellt, ob die Innenstadt als Hauptträ- ger der Identität anzusehen ist und woraus das Identitätsstiftende der Innenstadt besteht.

Zunächst erläutern die Projektkommunen, woraus sie ihre Identität beziehen. Dabei wird die In- nenstadt von allen Beteiligten als das wesentliche identitätsstiftende Element angesehen, nicht nur aufgrund ihrer besonderen Rolle als Kommunikationszentrum. Vor allem bauhistorisch bedeutsa- men Gebäuden im innerstädtischen Bereich wird eine wichtige Rolle bei der Identitätsbildung zu- gesprochen. Allerdings gebe es auch in Kleinstädten häufig nicht nur *eine* Identität, es kämen die Identitäten einzelner Ortsteile hinzu, so genannte „Teilidentitäten“, die unter anderem mithilfe ausgeprägter Vereinslandschaften gepflegt werden.

Heike Liebmann verweist darauf, dass viele Städte und Gemeinden der Gefahr eines Verlusts an zentralen Kommunikationsräumen und einer Reduzierung auf ihre Wohnfunktion ausgesetzt sind. Im Osten sei dieser Trend schon während der 1980er-Jahre zu beobachten gewesen, als die Menschen vielfach aus der Innenstadt in die Plattenbaugebiete am Stadtrand zogen. Ein wichtiger Schritt zur Identitätsbildung bestehe jedoch gerade in der Verknüpfung von Menschen mit ihrer Innenstadt als Kommunikations- und Begegnungsort. Die Herausforderung, vor der die Kommunen in Ost und West stehen, laute daher: „Wie kann der zentrale Kommunikationsort erhalten bleiben?“

Insbesondere für den Fall, dass die Stadt über keine historische Innenstadt verfügt und „emotionale Anknüpfungspunkte“ in baulicher Form fehlen, brauche es öffentliche Anlagen und Begegnungsräume, um ein Identitätsgefühl zu erzeugen. Es müsse allerdings berücksichtigt werden, dass Aktivitäten zur Steigerung der innerstädtischen Lebendigkeit teilweise nur schwer mit der Wohnfunktion zu vereinbaren seien und Reibungsstellen kaum vermieden werden könnten.

Daneben zieht eine Stadt ihre Identität aus ihrer Funktion und Wahrnehmung, z.B. als Universitätsstadt oder Einkaufsstandort. Die funktionale Identität, die eine Stadt etwa durch ihre lokale Wirtschaft bezieht, wird ebenfalls als sehr bedeutsam erachtet. Damit ein Zentrum seine Funktion erfüllen kann, müsse es in jedem Fall regelmäßig „durchschritten“, von der lokalen Bevölkerung angenommen und mit Leben gefüllt werden. An der Zuschreibung von Identitäten durch Marketingkonzepte wird hingegen kritisiert, dass die gemeinsame Vermarktung städtischer Höhepunkte oftmals nicht gelinge.



Thementisch 1

Als Beispiel für eine Stadt, die sich in einem besonderen Identitätsbildungsprozess befindet, wird **Coburg** genannt. Dort bevölkerten vor allem jüngere Menschen die Innenstadt und provozierten so einen Wandel des gewohnten Stadtbildes. Aus diesem Konfliktpotenzial könnten sich wiederum Chancen für die Innenstadtentwicklung ergeben. Die Frage sei hier, inwiefern ein schleichender Verlust der gewohnten innerstädtischen Erscheinung von der einheimischen Bevölkerung wahrgenommen und akzeptiert wird.

Eine städtische Identität wird insofern als förderlich für die Akzeptanz der Zuwanderer erachtet, da sie einen Beitrag leisten könne, das städtische Selbstbewusstsein zu stärken. Dieses spiele wiederum eine wichtige Rolle bei der Integration zugewanderter Menschen in bestehende Stadtstrukturen. Zugleich wachse aber auch das Bewusstsein der lokalen Bevölkerung, dass mit Zuwanderung Chancen für die Stadt einhergehen. Diese Ansicht wird nicht von allen geteilt. In großen Teilen der Bevölkerung sei die Akzeptanz von Zuwanderung (noch) nicht vorhanden. Auch die weitgehende Unkenntnis über die Migrantengruppen vor Ort und ein anonymes Nebeneinander werden als Barrieren für die gemeinsame Identitätsbildung genannt.

Die Frage, ob mithilfe der Innenstadtpolitik ein Beitrag zur Identitätsbildung geleistet werden kann, stand im Zentrum der weiteren Diskussion

Ein Tätigwerden der Politik wird von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern als notwendig erachtet. Als mögliche politische Maßnahmen werden genannt: die Gründung städtischer Wohnungsbaugesellschaften, die Ausweisung eines Stadtteils als Sanierungsgebiet oder die Einrichtung

eines Verfügungsfonds, mit dessen Hilfe eine gezielte Förderung der Kleinökonomie erfolgt. In Bezug auf derartige Projektfonds wird kritisiert, dass diese häufig zu einer Schieflage bei der Entscheidungsfindung führten. So hänge die Diskussion des Nutzens nicht selten von den Geldgebern ab; eine finanzielle Nachhaltigkeit sei oftmals nicht gegeben. Zudem fände diese Projektförderung zu großen Teilen unabhängig von städtischen Entscheidungsstrukturen (Politik, Verwaltung) statt.

Als weiteres Problem wird erachtet, dass die politischen Entscheidungsträger oftmals kein Interesse daran hätten, sich an längerfristige Strategien zu binden. Projekte erschienen aufgrund ihrer kurzfristigen Ausrichtung und unmittelbar sichtbarer Erfolge oft attraktiver.

Für Politik und Verwaltung sei es zudem besonders schwer, mit privaten Eigentümern ins Gespräch zu kommen. Viele Geschäfte in der Innenstadt seien in privater Hand und somit dem Zugriff der Stadtverwaltung entzogen. Die geringe Investitionsbereitschaft der Eigentümer stelle ein erhebliches Problem für das gesamte Stadtbild dar.

Zum Schluss der Diskussion betont Karl-Dieter Keim, dass die gegenwärtigen Problemlagen die Kommunen veranlassten, über künftige Nutzungen zu sprechen. Vor dem Hintergrund der stattfindenden Veränderungsprozesse komme es weniger darauf an, „Sachwalter“ für das vorhandene Erbe zu sein; stattdessen müsse ein Management der innerstädtischen Transformation entwickelt werden. Dabei müssten die Identifikationsmöglichkeiten vieler unterschiedlicher Gruppen im Auge behalten und als Ziel ausgegeben werden.

Thematisch 2: Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur

Statement: Kenan Kücük, Multikulturelles Forum e.V., Lünen

Moderation: Wolf-Christian Strauss, Difu



Kenan Kücük, Wolf-Christian Strauss, Gudrun Kirchhoff

In seinem Eingangsstatement stellte Kenan Kücük zunächst das Multikulturelle Forum in Lünen (Nordrhein-Westfalen) vor, dessen Geschäftsführer er ist und das in diesem Jahr sein 30-jähriges Bestehen feiert. Das Multikulturelle Forum ist vor allem im Bereich beruflicher Ausbildung und Arbeitsmarkt aktiv und hat mittlerweile 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ausgehend vom Stammsitz Lünen erstrecken sich die Projekte mit zunehmend überregionaler Wirkung auch auf den Kreis Unna und die Städte Dortmund und Hamm. Ergänzend zu den bisherigen Aufgaben wurde eine Beratungsstelle für Flüchtlinge und das Angebot von Sprachkursen eingerichtet.

Aus Sicht von Kenan Kücük schaut Deutschland immer noch zu sehr auf die Probleme und zu wenig auf die Ressourcen und Potenziale von Zuwanderung. Als schrumpfende und alternde Gesellschaft sei Deutschland auf Migration angewiesen, und Zuwanderung biete enorme Chancen.

Mit der Debatte um interkulturelle Öffnung vollziehe sich ein Paradigmenwandel. Dabei gehe es um den Abbau von Zugangsbarrrieren zu Institutionen und von – auch unbewussten – Mechanismen der Ausgrenzung. Interkulturelle Öffnung sei eine notwendige strukturelle Anpassung an die Bedarfe einer vielfältigen Bevölkerung. Die Städte sollten sich die Diversity-Konzepte der Wirtschaft zum Vorbild nehmen. Entscheidend bei den Behörden sei zum einen die interkulturelle

Qualifizierung des vorhandenen Personals. Diese sollte als Lernprozess verstanden werden, der im Ergebnis die Arbeit erleichtert und vereinfacht. Aus bisherigen Schulungserfahrungen wisse man, dass diese Erkenntnis nach anfänglichen Vorbehalten bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wachse. Zum anderen gehe es um Fragen der Personalgewinnung. Im Personaltableau der Stadtverwaltungen sollte sich die Vielfalt der Stadtgesellschaft widerspiegeln, hier sei noch erheblicher Nachholbedarf. Vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Fachkräftemangels und der Nachwuchsprobleme müsse sich die Verwaltung aktiv um die Personalentwicklung kümmern, und mit der interkulturellen Öffnung könnten neue Personalressourcen gewonnen werden. Damit ein Prozess der interkulturellen Öffnung gelingt, müsse er auf allen Ebenen fachlich begleitet und gut kommuniziert werden. Voraussetzung sei ein positives soziales Klima. Willkommenskultur sei ein neuer Begriff, der den Ansatz der interkulturellen Öffnung ergänze. Eine Willkommenskultur helfe den ankommenden Menschen beim Einleben in die neue Gesellschaft, sie zielt insgesamt auf Toleranz und Respekt gegenüber Menschen mit anderen kulturellen Wurzeln.



Thementisch 2

Die anschließende Diskussion konzentrierte sich auf die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in den Kommunen. Sowohl aus der Stadt Saarlouis als auch der Stadt Weißenfels wurde berichtet, dass das Flüchtlingsthema „Chiefsache“ sei, nur so könne man die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung erreichen und zum Beispiel in Saarlouis Wohnungsanbieter für die Unterbringung von Flüchtlingen gewinnen und damit das Ziel der dezentralen Unterbringung von den derzeit 500 Flüchtlingen einhalten.

Die Stadt Steinfurt hat für die Koordination dieser Aufgaben eine Lenkungsgruppe eingerichtet. Neben der Unterbringung sei die soziale Begleitung und Betreuung von entscheidender Bedeutung. Ohne ehrenamtliche Unterstützung sei das nicht zu schaffen. Diese müsse von den Verantwortlichen in der Verwaltung ausreichend anerkannt und gewürdigt werden. Wichtig seien dabei die Schaffung von Dialog- und Begegnungsmöglichkeiten und die Einbindung der Migrantenorganisationen, da sie einen besseren Zugang zu den Zielgruppen hätten. Als eher schwierig wurde allerdings die Einbindung der Moscheegemeinden beschrieben, wobei die DITIB-Moscheen eine Ausnahme bilden würden.

In diesem Zusammenhang wurde der Personalmangel in den Verwaltungen thematisiert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien an ihren Belastungsgrenzen. Es fehlten insbesondere Kapazitäten für die Koordination der Aufgaben insbesondere an der Schnittstelle zwischen Haupt- und Ehrenamt. Weißenfels habe in einer Kooperation von Stadtverwaltung mit den beiden christlichen Kirchen eine Bürgerinitiative „Engagiertes Weißenfels“ gegründet, die sich um die Fragen der Integration von Neuzuwandernden und Flüchtlingen kümmert und die Einrichtung einer Koordinierungsstelle plant. Die Stadt Weißenfels berichtet von einer hohen Ablehnung der Flüchtlinge in der Bevölkerung und von pauschalisierter Fremdenfeindlichkeit. Eine neue Erfahrung sei aber die starke Kollegialität unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. Auch böten sich in den Kommunalverwaltungen Chancen für neue ämter- und ressortübergreifende Allianzen. Mit Blick auf die (Personal-)Ressourcen seien solche Strukturen von erheblicher Bedeutung.

Wiebke Schindel vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration weist auf das **Hessische Landesprogramm „WIR – Wegweisende Integrationsansätze Realisieren“** hin, in dessen Rahmen so genannte WIR-Koordinatoren für die Landkreise, die kreisfreien Städte und die Sondersta-

tusstädte finanziert werden können. Die Finanzierung erfolgt über fünf Jahre und ist mit begleitenden Fortbildungen und einer Vernetzung der Koordinatorinnen und Koordinatoren durch das Land verknüpft.

Thematisch 3: Nachbarschaften und Zusammenleben

Statement: Susanne Huth, INBAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt/Main

Moderation: Dr. Bettina Reimann, Difu

Was sind die Voraussetzungen für gute Nachbarschaften und gelingendes Zusammenleben in Klein- und Mittelstädten? Welchen Beitrag leisten diese für die Integration?

In ihrem Eingangsstatement stellt Susanne Huth den Zusammenhang von gelingender Integration und gesellschaftlicher Teilhabe bzw. Partizipation dar. Integration bedeute unter anderem, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Menschen am Gemeinwesen teilnehmen könnten. Dies betreffe nicht nur Zuwanderer. Nachbarschaften und Zusammenleben – dazu gehören Alt- und Neuzuwanderer, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Ohnehin sei es wichtig, Zuwanderer nicht nur als Zuwanderer anzusprechen, sondern in ihren verschiedenen Rollen, z.B. als Eltern,



Thematisch 3

Arbeitnehmer, Vereinsmitglieder. Dies schaffe Gemeinsamkeiten. Schlüsselpersonen wie Bürgermeistern, Unternehmern und Vereinsangehörigen komme bei der Gestaltung von Nachbarschaften und der Integration vor Ort eine zentrale Funktion zu, denn Nachbarschaften und Zusammenleben müssten organisiert werden. Teilnehmende der Gesprächsrunde berichteten beispielhaft von Lotsen- und Patenprojekten und betonten die im Zusammenhang mit der Zuwanderung von Flüchtlingen erforderliche Koordination von Ehrenamt. Hierbei wurde die Frage aufgeworfen, ob die kommunale Organisation von Ehrenamt insbesondere jüngere Menschen, die eher ungern im Rahmen von (staatlichen) Strukturen aktiv würden, abschrecke.

In der Diskussion war man sich einig, dass gegenwärtig das Thema Flüchtlinge die Integrationsdebatte prägen und dominieren. Dies wurde ambivalent beurteilt: Begrüßt wurde, dass die Integration auf Flüchtlinge ausgeweitet werde. Kritisiert wurden Ungerechtigkeiten mit Blick auf die Angebotsstruktur und Fürsorge für verschiedene Zuwanderergruppen.

Angesichts der neuen Herausforderungen, die sich insbesondere durch die Integration von Flüchtlingen stellten, sei – für den kommunalen Zusammenhang – die Aussage „Wir schaffen das!“ durch die Suche nach Antworten auf „Wie schaffen wir das?“ zu ergänzen.

Hierbei sei es wichtig, die „Bestandsmigranten“, also jene Zuwanderer, die bereits länger in Deutschland leben oder hier geboren sind, nicht aus dem Blick zu verlieren und die unterschiedlichen Bedürfnisse und Bedarfe von Neu- und Altzuwanderern zu berücksichtigen.

Wiederholt wurde hervorgehoben, dass die gegenwärtige Stimmung in den Kommunen von Angst geprägt sei. Dies stünde nicht primär in Zusammenhang mit der Flüchtlingsdebatte, es handle sich vielmehr um existenzielle Ängste, die im Zusammenhang mit Armut und drohender oder faktischer Arbeitslosigkeit stünden.

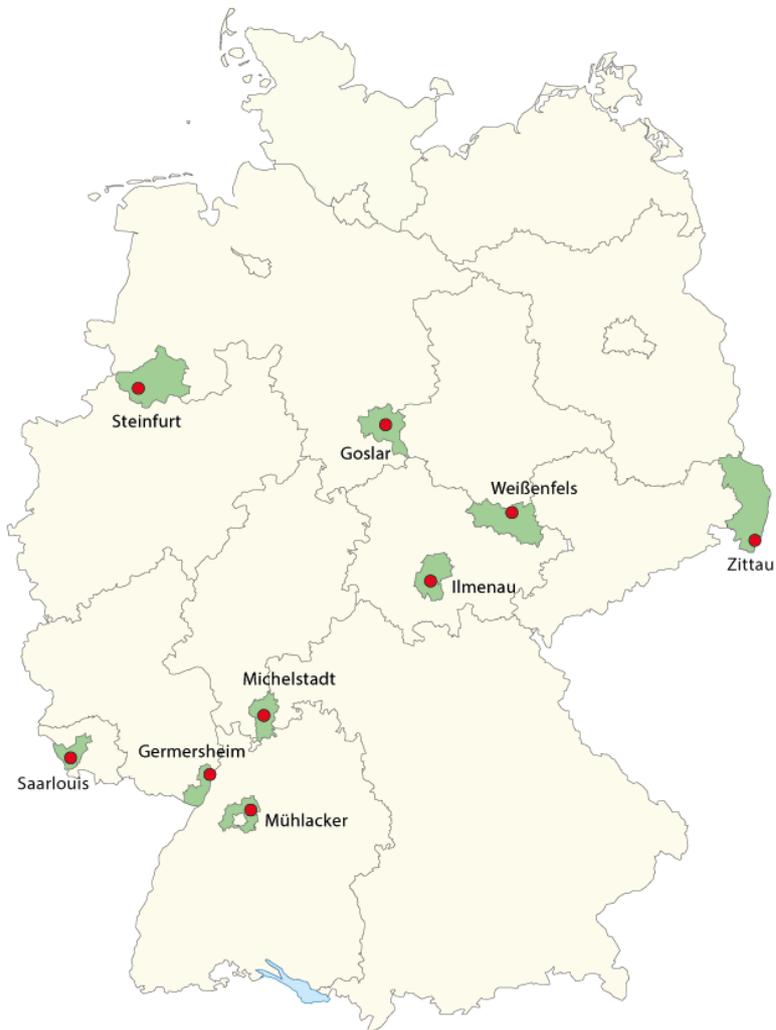
Bezogen auf das Zusammenleben und die Stimmung in den Städten wurde festgestellt, dass das Thema Flüchtlinge die Stadtgesellschaft spalte. Was zu einer gelingenden Integration und zur Förderung von Nachbarschaften beitrage, seien Begegnungen. Interkulturelle Feste, Suppenfeste und anderes wurden als gute Beispiele für ein gegenseitiges Kennenlernen dargestellt. Dadurch werde deutlich, dass Neuzuwanderer zu einer Bereicherung und Belebung der Nachbarschaften und einzelner Stadtteile beitragen.

Vereine eigneten sich gut für die soziale Integration. Gleichwohl wurde die Frage aufgeworfen, wie offen die Vereinsstrukturen vor Ort für (Neu-)Zuwanderer sind.

Im Ergebnis der Diskussion wurde festgehalten: Klein- und Mittelstädte brächten durch räumliche Nähe zwar positive Faktoren für ein Kennenlernen, das Zusammenleben und die Gestaltung von Nachbarschaften mit. Integration in Klein- und Mittelstädten stelle sich aber nicht von selbst ein. Gleichwohl seien Integration und Politik in Klein- und Mittelstädten im Vergleich zu Großstädten anders gestaltbar, allein dadurch, dass die Wege kürzer sind.

Als Reflexionsaufgabe stellte sich die Frage, welche Rolle den Stadtzentren im Themenfeld Nachbarschaften und Zusammenleben zukommt. Sicher war man sich, dass die Quartiersebene und insbesondere das Stadtzentrum dann besonders gut in den Blick zu nehmen seien, wenn beispielsweise Gewerbetreibende für die Mitwirkung an Aktivitäten und Maßnahmen gewonnen würden.

4. Die Projektkommunen



Die neun Projektkommunen wurden im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens ausgewählt. Auf der Karte ist die Lage der jeweiligen Projektkommune gekennzeichnet.

Die Projektkommunen sind:

- Germersheim, Landkreis Germersheim, Rheinland-Pfalz
- Goslar, Landkreis Goslar, Niedersachsen
- Ilmenau, Ilm-Kreis, ThüringenA
- Michelstadt, Odenwaldkreis, Hessen
- Mühlacker, Enzkreis, Baden-Württemberg
- Saarlouis, Landkreis Saarlouis, Saarland
- Steinfurt, Kreis Steinfurt, Nordrhein-Westfalen
- Weißfels, Burgenlandkreis, Sachsen-Anhalt
- Zittau, Große Kreisstadt, Landkreis Görlitz, Sachsen.

Germersheim

Die Stadt Germersheim ist ein Mittelzentrum mit rund 22.000 Einwohnerinnen und Einwohnern in Rheinland-Pfalz. Als gut aufgestellter Schul- und Universitätsstandort sowie als Industrie- und Hafenstadt am Rhein hat sich Germersheim in den vergangenen Jahrzehnten zu einem wichtigen Wirtschaftsstandort mit international tätigen Unternehmen entwickelt.



Serge Pütter, Andrea Krey

Städtebauliche und soziale Situation der Innenstadt

Im 18. Jahrhundert wurde die Stadt zur bayrischen Großfestung ausgebaut und ist bis heute als Militärstandort bedeutsam. Die Innenstadt von Germersheim lässt noch immer den mittelalterlichen Grundriss und die zu dieser Zeit entstandene Stadtstruktur erkennen.

Die Bevölkerungsstruktur ist geprägt durch einen relativ hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund (41 Prozent). Ein Großteil dieses hohen Zuwandereranteils erklärt sich durch den Zuzug der sogenannten Gastarbeiter während der 1960er- und 1970er-Jahre sowie durch den seit den 1980er-Jahren erfolgten Zuzug von deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa. In ihrer Funktion als Universitätsstandort ist die Stadt zudem Anlaufstelle für etwa 2.000 Studierende aus fast 100 Ländern.

Besonders seit den letzten Jahren zeigt sich eine Konzentration von Zuwanderern im innerstädtischen Bereich (35 Prozent ausländische Bevölkerung), wobei vor allem einzelne Wohngebiete und Straßenzüge teils einseitige Bevölkerungszusammensetzungen aufweisen. Vor allem die von eher einkommensschwächeren Personen und Familien mit Migrationshintergrund bewohnten Wohngebäude in der Innenstadt sind dabei durch einen zum Teil deutlichen Sanierungsbedarf gekennzeichnet.

Gegenwärtig liegt der Anteil der Flüchtlinge an der örtlichen Gesamtbevölkerung bei einem Prozent; bis Ende nächsten Jahres wird jedoch eine Verdopplung dieses Anteils auf mindestens zwei Prozent erwartet. Die angestrebte dezentrale Unterbringung stellt eine große Herausforderung für die Stadt dar. Sie bedeutet nicht nur eine Vervielfachung der benötigten Wohn- und Unterbringungskapazitäten insgesamt, sondern vor allem auch einen höheren Bevölkerungsdruck im innerstädtischen Bereich.

Bisherige Aktivitäten im Bereich Integration

Germersheim engagiert sich derzeit im Bundesprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“. Im Bereich der Integration wurden vielfältige Maßnahmen durchgeführt, bei denen die Stadt auf ein großes ehrenamtliches Netzwerk zurückgreifen kann. Aktuell liegt ein Schwerpunkt der Integrationsarbeit in der Suche nach so genannten Wohnpaten für neu ankommende Flüchtlinge. Mit ehrenamtlichen Wohnpaten soll neben praktischen Hilfestellungen ein Austausch zwischen neu Zugewanderten und Alteingesessenen initiiert und Konflikten frühzeitig vorgebeugt werden. Die Arbeit der ehrenamtlichen Wohnpaten findet in enger Begleitung durch die Sozialverwaltung statt.

Nach Möglichkeit sollen die Flüchtlinge selbst in andere soziale Projekte der Stadt eingebunden werden, wie beispielsweise die Germersheimer Seniorenwoche.

Motivation zur Projektteilnahme

Durch die Projektteilnahme verfolgt die Stadt das Ziel, neue Vorhaben vor Ort anzustoßen. Da es in Germersheim viele leer stehende Gebäude im historischen Stadtzentrum gibt, könnten z.B. Projekte zur Renovierung dieser Gebäude mit Hilfe von Flüchtlingen eine Option darstellen.

Von der Projektteilnahme erhofft sich die Stadt, dass in Anknüpfung an das bereits laufende Bundesprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ weitere positive Auswirkungen – insbesondere im Hinblick auf kommunale Integrationsleistungen – erzielt werden können.

Goslar

Goslar liegt am nördlichen Rand des Harzes und hat seit der Fusion mit der Stadt Vienenburg im Jahr 2014 etwa 50.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Der Ausländeranteil in Goslar beträgt rund zehn Prozent, rund 20 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner haben einen Migrationshintergrund. Die Stadt hat sich mit den beiden Stadtteilen „Altstadt“ und „Jürgenohl“ um die Aufnahme in das Projekt beworben.

Städtebauliche und soziale Situation



Helmut Borrman

Die historische Altstadt stellt auch heute noch das Zentrum der Stadt dar. Sie wurde 1992 in die „Liste des Kultur- und Naturerbes der Menschheit“ der UNESCO aufgenommen. Die Altstadt war in ihrer heutigen Ausprägung bereits im 12. Jahrhundert weitestgehend vorhanden. Die Bebauung stammt überwiegend aus dem 16. bis 17. Jahrhundert; die Gebäude sind bis auf wenige Ausnahmen in Fachwerkbauweise errichtet. Mit aktuell rund 8.000 Einwohnerinnen und Einwohnern zählt die Altstadt zu den größten Wohnquartieren der Stadt und kann eine stabile Bevölkerungsentwicklung vorweisen. Die Nord-Süd-Achse durch den zentralen Altstadtbereich ist Einkaufsmeile mit wichtigen historischen Gebäuden. Insgesamt weist die Bebauung der Altstadt eine sehr hohe Dichte auf; die Straßenräume sind eng und Freiflächenanteile kaum vorhanden.

Der Stadtteil Jürgenohl wurde in den 1960er-Jahren auf den Flächen des ehemaligen Rollfeldes des Fliegerhorstes Goslar errichtet und entwickelte sich zum Wohnort für viele (Spät-)Aussiedler. Der Marktplatz des Stadtteils ist derzeit von Funktionsverlusten betroffen. Die kleinteiligen Verkaufsflächen sind nur schwer mit der Nachfrage in Einklang zu bringen. Alle wesentlichen Einrichtungen sind im Stadtteil vorhanden. Für den Stadtteil Jürgenohl wird ein Antrag zur Aufnahme in das Bund-Länder-Förderprogramm „Soziale Stadt“ vorbereitet.

Bisherige Aktivitäten im Bereich Integration

Die Integrationsarbeit innerhalb der Stadt Goslar wird größtenteils von Vereinen, kirchlichen Einrichtungen und dem Quartiersmanagement der Wohnungsbaugesellschaften geleistet.

Das Flüchtlingsthema wird vom Landkreis bearbeitet; auch die Ausländerbehörde ist beim Landkreis angesiedelt. In der Stadt Goslar selbst leben noch relativ wenige Flüchtlinge, so dass bislang eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen möglich ist.

Motivation zur Projektteilnahme

Die Motivation zur Projektteilnahme wird vorwiegend in städtebaulichen Defiziten gesehen. So kam es in den beiden Wohnquartieren der Altstadt während der letzten Jahre verstärkt zu Funktionsverlusten. Eine zunehmende Konzentration der Geschäfte in 1A-Lagen entlang der Nord-Süd-Achse hat zur Folge, dass Einkaufsmöglichkeiten des täglichen Bedarfs in den Wohnquartieren fehlen. Im Stadtteil Jürgenohl ist hingegen ein Funktionsverlust des Marktplatzes durch Geschäftsaufgaben zu beobachten.

Während ein Großteil der in der Altstadt gelegenen Wohnungen eine mittlere bis schlechte technische Ausstattung aufweist, besteht eine zentrale Herausforderung im Stadtteil Jürgenohl darin, den steigenden Bedarf an barrierefreien Wohnungen zu decken. Der vermehrte Zuzug von jüngeren, ausländischen Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtteil bietet zusätzliches Konfliktpotenzial für den Wohnungsmarkt.

Durch mangelnde Grünflächen und Straßenräume mit Aufenthaltsqualität fehlen Kommunikations- und Begegnungsmöglichkeiten für die Bewohnerschaft und somit Anlaufstellen für Integration.

Ilmenau

Die Universitätsstadt Ilmenau in Thüringen liegt etwa 40 km südlich der Landeshauptstadt Erfurt und hat rund 29.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Während der Ausländeranteil im Jahr 2010 bei 4,17 Prozent lag, war in den darauffolgenden Jahren ein kontinuierlicher Anstieg auf aktuell 7,5 Prozent festzustellen.

Städtebauliche und soziale Situation der Innenstadt

Bereits im Jahr 1993 wurde das Sanierungsgebiet „Historischer Stadtkern“ ausgewiesen, um den Anforderungen an ein Mittelzentrum in funktionaler und gestalterischer Hinsicht gerecht zu werden und städtebauliche Missstände zu beseitigen. Das Sanierungsgebiet umfasst eine Fläche von etwa 28,5 ha mit 1.400 Wohneinheiten.

Insgesamt verfügt Ilmenau über ein lebendiges und attraktives Stadtzentrum mit einer relativ stabilen Bevölkerung, einem mit 2,5 Prozent geringen Wohnungsleerstand sowie einer hohen Anzahl von Handels- und Dienstleistungseinrichtungen. In der Innenstadt stehen jedoch etliche Ladengeschäfte leer. Insbesondere bei Geschäften mit geringer Verkaufsfläche sind überproportionale Leerstandsquoten zu verzeichnen.

Der vergleichsweise hohe Ausländeranteil von 7,5 Prozent setzt sich zu großen Teilen aus internationalen Studierenden sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Technischen Universität zusammen, die in der Regel schon länger in Ilmenau leben. Im November 2015 waren zusätzlich rund 200 Flüchtlinge und Asylbewerber dezentral in der Stadt untergebracht. Die lokale Bevölkerung ist an die internationale Einwohnerschaft – auch und gerade im innerstädtischen Bereich – gewöhnt, sodass Ilmenau von einem grundsätzlich toleranten Klima und einem ausgeprägten ehrenamtlichen Engagement im Integrationsbereich profitiert.



Bürgermeister Kay Tischer

Bisherige Aktivitäten im Bereich Integration

Zur bereichsübergreifenden Auseinandersetzung mit dem Thema Integration arbeitet die Stadt Ilmenau mit mehreren Partnern zusammen; zu diesen zählen die TU Ilmenau und das Landratsamt

des Ilmkreises. Der Stadtrat unterhält den Arbeitskreis „Für eine offene Stadt – Gegen Gewalt, Fremdenhass und Rassenwahn“. Ilmenau hat eine ehrenamtliche Ausländerbeauftragte, die als Anlauf- und Schnittstelle für alle Beteiligten fungiert. Zudem ist die Gründung eines ehrenamtlichen Netzwerks zur Unterstützung von Flüchtlingen und Asylsuchenden im Jahr 2014 zu nennen, das aus über 200 Mitgliedern besteht und in regelmäßigem Austausch mit der Stadt- und Kreisverwaltung steht.

Motivation zur Projektteilnahme

Die aktuelle Flüchtlingssituation wird von der Stadt als Aufforderung verstanden, bisherige Integrationsstrategien kritisch zu hinterfragen und sie den neuen Bedingungen anzupassen. Ilmenau versteht sich als Vorreiterin in der Region für eine (weitgehend) gelungene Integration von Migrantinnen und Migranten und will dieser Rolle auch künftig gerecht werden.

Als attraktives Areal mit vitalen Funktionsräumen steht die Innenstadt seit Jahren im Fokus der Stadtentwicklung. Aus den gegenwärtigen und für die kommenden Jahre prognostizierten Leerstandsquoten innerstädtischer Ladengeschäfte ergibt sich ein erhöhter Handlungsdruck.

Die Stadt betrachtet das Projekt zudem als Gelegenheit, um bisherige Aktivitäten und Überlegungen sinnvoll fortzuführen und im überregionalen Austausch mit vergleichbaren Städten zu optimieren.

Michelstadt



Tatjana Schmied,
Tobias Robischon

Michelstadt liegt in Südhessen, zwischen Darmstadt und Heidelberg, und ist mit rund 16.550 Einwohnerinnen und Einwohnern die größte Stadt des Odenwaldkreises. Der Ausländeranteil in Michelstadt liegt gegenwärtig bei knapp zehn Prozent; insgesamt haben fast 27 Prozent der lokalen Bevölkerung einen Migrationshintergrund.

Städtebauliche und soziale Situation der Innenstadt

Die historische Altstadt gilt als „Herz der Stadt“ und wird aufgrund ihrer zentralen Funktion für die umliegenden Gemeinden auch als „Innenstadt des Odenwaldkreises“ bezeichnet.

Als wichtige Einrichtungen zur Stabilisierung der Innenstadt gelten unter anderem lokaltypische Feste und Märkte, da diese nicht nur der Herausbildung einer gemeinsamen Identität dienen, sondern auch relevante Anlaufpunkte für Tagestouristen sind.

Der hohe Anteil von Personen mit Migrationshintergrund verdeutlicht die bereits vorhandene Diversität in Michelstadt. Ein Großteil der vor Ort ansässigen Migrantinnen und Migranten lebt bereits seit über 15 Jahren in der Stadt. Eine große Bedeutung für das örtliche Zusammenleben haben die unterschiedlichen Religionsgemeinschaften und interkulturellen Vereine, die das Stadtbild entscheidend mitprägen.

Eine aktuelle Herausforderung für das örtliche Zusammenleben sieht die Stadt in der Flüchtlingsunterbringung. Da dem hohen ehrenamtlichen Engagement auch Sorgen und Ängste von Seiten der Bevölkerung gegenüberstehen, betrachtet die Stadt die Initiierung integrationsfördernder Maßnahmen als wesentliche Zukunftsaufgabe.

Bisherige Aktivitäten im Bereich Integration

Michelstadt beteiligt sich unter dem Titel „WIR-Michelstadt – eine zukunftsorientierte Stadt“ seit 2014 am Landesprogramm WIR des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration. Zur strategischen Planung der Stadt gehören in diesem Zusammenhang das Erstellen von Integrationsleitlinien und gezielte Maßnahmen im Bildungsbereich.

Aufgrund einer hohen Zahl neu ankommender Kinder und Jugendlicher ist der schulische Bildungsbereich besonders gefordert. Michelstadt hat sich daher zum Ziel gesetzt, mit der interkulturellen Öffnung von Bildungseinrichtungen sowie der Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur den Erfordernissen einer zunehmend „bunter“ werdenden Schülerschaft gerecht zu werden. Zusätzlich zum Erstellen eines Bildungskonzeptes setzt Michelstadt gezielt auf das Vernetzen aller relevanten Akteure. Zur Koordinierung der Integrationsbemühungen hat Michelstadt die Stelle einer Jugend- und Integrationsbeauftragten eingerichtet.

Motivation zur Projektteilnahme

Von der Projektteilnahme erhofft sich die Stadt neue Impulse, die es ermöglichen, das Integrations-thema sichtbarer in den Stadtstrukturen zu verankern, außerdem eine stärkere Einbindung der Lokalpolitik. Als größte Kommune des Odenwaldkreises möchte Michelstadt die Synergieeffekte aus Wissenschaft und Praxis für die weitere Gestaltung des ländlichen Raums nutzen und damit eine Pionierfunktion im Odenwaldkreis übernehmen.

Mühlacker

Im baden-württembergischen Mühlacker leben rund 25.300 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Stadt gilt als klassische Industriestadt, sie ist sowohl wirtschaftlich als auch infrastrukturell gut aufgestellt und fungiert als Mittelzentrum mit einem Einzugsbereich von rund 60.000 Menschen. Der Ausländeranteil in Mühlacker liegt bei rund 18 Prozent, der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund beträgt etwa 30 Prozent.



Johanna Bächle, Armin Dauner, Leila Walliser

Städtebauliche und soziale Situation der Innenstadt

Die Stadt Mühlacker entstand mit dem Bau eines Grenzbahnhofs zwischen Baden und Württemberg quasi „auf der grünen Wiese“ und hat dementsprechend keine historische Altstadt. Die nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs in den 1950er-Jahren wieder aufgebaute Innenstadt ist weitgehend „gesichtslos“. Die Innenstadt wurde zwar im Rahmen einer städtebaulichen Erneuerungsmaßnahme (2003 bis 2011) aufgewertet, jedoch haben vergleichsweise wenige private Eigentümer in ihre Gebäude investiert. Ein Grund dafür wird von Verantwortlichen der Stadt darin gesehen, dass es weiterhin relativ problemlos möglich ist, unsanierte Immobilien an Migrantinnen und Migranten zu vermieten.

Bis zur Landesgartenschau 2015 waren keine attraktiven Grün- und Spielflächen im Bereich Innenstadt vorhanden. Im Zuge der Gartenschau ist es Mühlacker erstmals gelungen, eine neue Form der Auseinandersetzung der Bewohnerschaft mit „ihrer“ Stadt einzuleiten und eine Aufbruchstimmung zu erzeugen. Darüber hinaus wurde mit einer innerstädtischen Parkanlage ein zentraler Ort mit hoher Aufenthaltsqualität geschaffen, der als emotionaler Bezugspunkt für die Bewohnerinnen und Bewohner dienen kann. Dieses neue „grüne Wohnzimmer der Stadt“ soll auch künftig die Begegnung unterschiedlicher Kulturen und Generationen ermöglichen.

Die ausländischen Bewohnerinnen und Bewohner verteilen sich ungleichmäßig auf die einzelnen Stadtteile. In der Innenstadt liegt der Anteil mit 33,6 Prozent deutlich über dem Durchschnitt. Mit Blick auf die Wohneigentumsbildung in Mühlacker fällt aktuell insbesondere der anteilig hohe Eigentumserwerb türkischer Staatsangehöriger auf.

Im November 2015 lebten 357 Flüchtlinge in der Stadt, die hauptsächlich zentral in einer Schulsporthalle des Landkreises untergebracht sind.

Bisherige Aktivitäten im Bereich Integration

Die Stadt Mühlacker zeichnet sich durch ein breites Spektrum an Aktivitäten zur Integrationsförderung aus. Als beispielhaft können das Netzwerk von Fachkräften zur „kultursensiblen Pflege & Sterbebegleitung“ und auch das Internationale Suppenfest angeführt werden.

Für die Koordinierung der Integrationsarbeit hat die Stadt Mühlacker eine Integrationsbeauftragte eingesetzt, darüber hinaus gibt es einen Integrationsbeirat. Zusätzlich sind Migrantenvereine, ein „Freundeskreis Asyl“, weitere zivilgesellschaftliche Gruppen und ehrenamtlich tätige Einzelpersonen im Rahmen der Integrationsarbeit aktiv.

Motivation zur Projektteilnahme

Mühlacker hat sich zum Ziel gesetzt, qualifiziertes und quantifizierbares Wissen zum Thema Integration und Identität vor Ort zu erarbeiten. Insbesondere soll der positive Trend, der durch die Landesgartenschau 2015 angestoßen wurde, weitergeführt werden und zur Auseinandersetzung einer breiten Öffentlichkeit mit „ihrer“ Stadt beitragen. Darüber hinaus sollen Möglichkeiten, die Teilhabechancen von Migrantinnen und Migranten zu verbessern und eine gemeinsame städtische Identität zu entwickeln, öffentlich diskutiert werden.

Saarlouis



Bürgermeisterin Marion Jost,
Christian Woithe

Saarlouis gilt als die „heimliche“ Hauptstadt des Saarlandes und hat rund 36.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Wirtschaftliche Schwerpunkte der Stadt liegen in der Autoindustrie, in Dienstleistungen und im Handwerk. Der Ausländeranteil in Saarlouis beträgt gegenwärtig 10,9 Prozent und hat insbesondere während der letzten fünf Jahre deutlich zugenommen.

Städtebauliche und soziale Situation der Innenstadt

Als ehemalige Festungsstadt verfügt Saarlouis in der Innenstadt über einen Mix aus Neubauten und alten, zum Teil denkmalgeschützten Gebäuden. Prägend für die Altstadt sind zweigeschossige Handwerkerhäuser der Festungszeit, historische Festungselemente und zahlreiche um 1900 herum entstandene Bürgerhäuser. Die Vergan-

genheit als Festungsstadt gilt zudem als fester Bestandteil der städtischen Identität.

Die soziale Infrastruktur konzentriert sich überwiegend in der Innenstadt und gilt als attraktiver Anziehungspunkt – auch über die Stadtgrenzen hinaus. Gleichwohl ist in den letzten Jahren eine Veränderung der innerstädtischen Sozialstruktur erkennbar. Insbesondere aufgrund einer breiten Palette an Einkaufsmöglichkeiten und Gesundheitseinrichtungen ist die Innenstadt zunehmend als Wohnstandort für ältere Menschen interessant. Die Folgen bestehen in einer wachsenden Diskrepanz zwischen verfügbaren und nachgefragten Wohnungsgrößen, einem Bauboom in der Innenstadt und einem steigenden Mietpreisniveau. Vor allem sozial Schwächeren, Familien und Rentnern mit geringen Bezügen fällt es daher schwer, Wohnraum in der Innenstadt zu finden.

Der Ausländeranteil innerhalb der Stadt ist unterschiedlich verteilt. Dabei fallen die Ausländeranteile in der Innenstadt – mit insgesamt zwölf Prozent – und den unmittelbar daran angrenzenden Stadtteilen überdurchschnittlich hoch aus. Allerdings ist der Ausländeranteil auch innerhalb der einzelnen innerstädtischen Sozialräume sehr heterogen und reicht von sechs Prozent bis zu knapp 43 Prozent in der Altstadt.

Bisherige Aktivitäten im Bereich Integration

Seit 2012 arbeitet Saarlouis am Aufbau einer integrierten Sozialplanung mit wissenschaftlicher Begleitung seitens einer Forschungsgruppe der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes. Im Vordergrund standen bisher eine Analyse der vorhandenen Planungsstrukturen sowie der Aufbau eines Sozialmonitorings auf kleinräumiger Sozialraumebene. Darüber hinaus konnte Saarlouis zwei Stadtteile als Planungsräume im Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ platzieren. Um die gesamtstädtische Sozialplanung zu befördern und bisherige Anstrengungen der Integrationspolitik noch stärker in den einzelnen Fachplanungen zu berücksichtigen, hat die Stadt zudem eine fachübergreifende zentrale Steuerung als Stabstelle eingerichtet.

Die Stadt verfügt über eine Integrationsbeauftragte und einen Integrationsbeirat. Im Zuge der Aufnahme von Flüchtlingen hat Saarlouis eine zentrale Schnittstelle zur Unterstützung der Flüchtlinge im Sozialdezernat etabliert, um die haupt- und ehrenamtliche Arbeit zu koordinieren. Darüber hinaus existiert seit kurzem eine Initiative von 30 lokalen Unternehmen, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge aktiv zu fördern.

Motivation zur Projektteilnahme

Die Daten des Sozialmonitorings zeigen, dass sich Saarlouis insgesamt und die Innenstadt in ihrer sozialräumlichen Ausprägung sehr heterogen gestalten. Die zukünftige Planung soll diese Heterogenität noch stärker berücksichtigen, um innerstädtische Prozesse besser nachvollziehen zu können und auf dieser Basis die Stadt für die Menschen noch lebenswerter zu gestalten. Perspektivisch ist hierzu geplant, stadtplanerische Überlegungen stärker mit sozialen Planungen zu bündeln und eine abgestimmte Vorgehensweise zu etablieren, bei der das Thema Integration stets als Querschnittsaufgabe mitgedacht wird.

Auf diesen Ansätzen und Erfahrungen soll im Zuge der Projektteilnahme weiter aufgebaut werden. Daneben erhofft sich die Stadt einen Erfahrungsaustausch, den sie als ideale Ergänzung und als Reflexionsmöglichkeit des bisher Geleisteten sieht.

Steinfurt

Die nordrhein-westfälische Stadt Steinfurt liegt im Regierungsbezirk Münster und umschließt die beiden Ortsteile Burgsteinfurt und Borghorst. Mit rund 33.500 Einwohnerinnen und Einwohnern ist die Stadt als Mittelzentrum ausgewiesen. Es gibt in Steinfurt keine nennenswerte Industrie, sondern lediglich klein- und mittelständische Unternehmen und Dienstleister. Insgesamt leben in Steinfurt 2.381 Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, was einem Anteil von rund sieben Prozent entspricht.



Nadine Rath

Städtebauliche und soziale Situation der Innenstadt

Die Altstadt Burgsteinfurts bildet den historischen Kern des Ortsteils. Es handelt sich hierbei um ein heterogenes Altstadtquartier mit einer Größe von etwa 17 ha auf mittelalterlichem Stadtgrundriss, das sich um das Schloss herum entwickelte. Die Nutzungsstruktur in der Innenstadt ist durch kleinteilige Gewerbe- und Einzelhandelsnutzungen sowie durch Wohnnutzungen in den Obergeschossen charakterisiert. Wenngleich teilweise überformt, ist die Altstadt durch zahlreiche baukulturell und denkmalpflegerisch bedeutsame Gebäude geprägt. Um den historischen Stadtkern mit seinem hohen Bestand an historischer Bausubstanz nachhaltig zu sichern, gelten für den gesamten Innenstadtbereich eine Denkmalbereichs- und eine Gestaltungssatzung.

Um den historischen Stadtkern zu erhalten, wurden in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche Maßnahmen umgesetzt. So war der historische Stadtkern seit 1975 als Sanierungsgebiet ausgewiesen und wurde bis 2011 komplett saniert. Die detaillierte bauliche, infrastrukturelle und soziale Ausgangslage in der Altstadt Burgsteinfurts wird zudem im Rahmen der Energetischen Quartierssanie rung bis Ende 2015 ermittelt.

Im Betrachtungsgebiet „Altstadt Burgsteinfurt“ liegt der Migrantenanteil mit zehn Prozent deutlich über dem stadtweiten Durchschnitt. In der Altstadt wird auch ein Teil der neu ankommenden Flüchtlinge dezentral in Wohnungen untergebracht.

Bisherige Aktivitäten im Bereich Integration

In der Stadt unterstützen verschiedene Institutionen die Integration von Migrantinnen und Migranten, wie beispielsweise eine breit aufgestellte Lenkungsgruppe „Willkommenskultur“. Zur Vernetzung der verschiedenen Aktivitäten wurde zudem die Stelle eines ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten eingerichtet. Außerdem findet ein regelmäßiger Austausch zwischen Stadtverwaltung und den in der Flüchtlingsarbeit aktiven Organisationen statt. Steinfurt finanziert Sprach- und Alphabetisierungskurse für volljährige Flüchtlinge und organisierte eine Ausstellung unter dem Titel „Asyl ist Menschenrecht“ in der Stadtbücherei. Auf einer kommunalen Online-Plattform können sich Ehrenamtliche und Organisationen über Unterstützungsmöglichkeiten informieren.

Daneben engagiert sich eine breite Palette von Vereinen, Kirchengemeinden und einzelnen Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsunterstützung. Letztere erteilen beispielsweise Sprachunterricht oder lassen sich zu Flüchtlingslotsen ausbilden.

Motivation zur Projektteilnahme

Ziel der Stadt ist es, die Bedürfnisse der sehr heterogenen Stadtbevölkerung zu erfassen, auf diese Weise vorhandene Schwachstellen zu identifizieren und die Lebens- und Wohnqualität nachhaltig zu verbessern. Dazu sollen Maßnahmen entwickelt werden, die auf die Bedürfnisse der Einwohnerschaft zugeschnitten sind und durch die Verwaltung mit ihren finanziellen und personellen Grenzen getragen werden können. Angesichts des vergleichsweise hohen Anteils an Menschen mit Migrationshintergrund im Zentrum Burgsteinfurts und der zentrumsnahen Unterbringung von Flüchtlingen ist es ein wesentliches Anliegen der Stadt, auch ihre integrationspolitischen Maßnahmen auszubauen. Migrantinnen und Migranten werden als ein fester Bestandteil der Altstadt verstanden, deren Potenziale es zu aktivieren gilt.

Die Projektteilnahme wird als Möglichkeit betrachtet, die genannten Ziele zusammenzuführen und zu verfolgen. Die Stadt zielt damit vor allem auf eine Verstärkung wirtschaftlicher, soziokultureller und politischer Partizipation – besonders auch der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund.

Weißenfels



Martin Schmelzer, Bernd Hayen, Martin Papke, Katja Henze, Oberbürgermeister Robby Risch

Weißenfels liegt in Sachsen-Anhalt und ist mit rund 42.000 Einwohnerinnen und Einwohnern die bevölkerungsreichste Stadt im Burgenlandkreis. Die wirtschaftliche Struktur der Stadt wird durch eine verstärkte Ansiedlung von Betrieben der Lebensmittelindustrie geprägt. Diese Entwicklung hat zu einer Stabilisierung der Bevölkerung durch einen verstärkten Zuzug von Migrantinnen und Migranten geführt. In Weißenfels leben insgesamt etwa 3.300 Menschen ausländischer Herkunft; dies entspricht einem prozentualen Anteil von 7,8 Prozent.

Städtebauliche und soziale Situation der Innenstadt

Als Garnisonsstadt verfügt Weißenfels über eine historische Altstadt mit barockem Stadtkern. Die städtebaulichen Anstrengungen zur Ertüchtigung der innerstädtischen Wohnquartiere werden seit Jahren unter Nutzung diverser Förderprogramme gestützt. 2011 wurde Weißenfels beispielsweise mit dem Stadtgebiet Mitte in das Förderprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ aufgenommen. Im Oktober 2015 startete das BIWAQ-Projekt „Lebensmittelpunkt Weißenfels LEB-MIT-WSF“, welches verschiedene Aktivitäten zur Quartiersentwicklung, zu Teilhabe und Integration fördert.

Die Mehrzahl der ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner konzentriert sich in den beiden innerstädtischen Stadtteilen Neustadt und Innenstadt. Die mit Abstand stärkste Migrantengruppe kommt aus Polen, gefolgt von Ungarn und Rumänien.

Aktuell beherbergt Weißenfels darüber hinaus etwa 600 Flüchtlinge, wobei die Zahl bis Jahresende auf voraussichtlich rund 1.000 ansteigen wird.

Bisherige Aktivitäten im Bereich Integration

In Weißenfels engagieren sich bereits seit Jahren Einrichtungen und Einzelpersonen für gute Nachbarschaft und Integration. Gemeinsame Vorhaben wie das „Fest der Kulturen“ sind seit acht Jahren fester Bestandteil im Veranstaltungskalender der Stadt und basieren zu großen Teilen auf der Unterstützung seitens ehrenamtlicher Akteure.

Neben den verschiedenen ehrenamtlichen Initiativen bemüht sich die Stadtverwaltung, Integrationsprozesse zu unterstützen. Hierzu wurde 2012 der Gleichstellungsbeauftragten das Aufgabenfeld Integration übertragen und 2014 auf Initiative des Oberbürgermeisters ein Runder Tisch mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung und Sozialverwaltung eingerichtet.

Im April 2015 wurde – mit deutlicher Zustimmung des Stadtrats – die Bürgerinitiative „Engagiertes Weißenfels“ offiziell ins Leben gerufen. Die Initiative wird durch die evangelische und katholische Kirchengemeinde sowie die Stadtverwaltung Weißenfels koordiniert, vereint aber auch die zahlreichen Akteure, die im Bereich der Hilfe für Flüchtlinge und Zuwanderer in Weißenfels aktiv sind. Sie bietet den Akteuren unter anderem Räume und Unterstützung, um Integrationsangebote und -konzepte praktisch umzusetzen.

Unter den ersten gemeinsamen Projekten von Stadtverwaltung und Bürgerinitiative sind die Einrichtung einer Koordinierungsstelle und eine interkulturelle Begegnungsstätte. Die vorrangige Aufgabe umfasst die Bündelung bestehender und die Initiierung weiterer Projekte.

Motivation zur Projektteilnahme

Erklärte Ziele der Stadt Weißenfels sind: demokratische Überzeugungen fördern, den Dialog der Kulturen stärken, die Rechte von Minderheiten sichern und dafür sorgen, dass sich ein funktionierendes Gemeinwesen entwickeln kann. Weißenfels möchte sich hierzu stärker auch mit anderen Städten vernetzen, an Erfahrungen anderer Städte partizipieren und eigene Erfahrungen einbringen. Die gegenwärtigen Anstrengungen der städtischen Akteure sollen so nach Möglichkeit um fachliche Begleitung und konzeptionelle Unterstützung ergänzt werden und deren Nachhaltigkeit sicherstellen. Darüber hinaus wird das Projekt als sinnvolle Ergänzung zu den bereits im städtebaulichen Bereich unternommenen Vorhaben erachtet.

Zittau

Die sächsische Stadt Zittau hat rund 27.000 Einwohnerinnen und Einwohner und ist die südöstlichste Stadt des Freistaates. Als Wirtschaftsstandort zeichnet sich Zittau insbesondere durch die Lage im Dreiländereck Deutschland – Tschechien – Polen aus. Zittau wandelt sich zunehmend zu einem breit gefächerten Wirtschaftsstandort; vertreten sind kleine und mittelständische Unternehmen. Der Ausländeranteil an der lokalen Gesamtbevölkerung liegt gegenwärtig bei 3,6 Prozent.

Städtebauliche und soziale Situation der Innenstadt

Das Hauptmerkmal der Stadt bildet der vollständig unter Denkmalschutz stehende historische Stadtkern, der zahlreiche wertvolle Baudenkmäler aus der Barock-Zeit aufweist und sich auf einer beachtlichen Fläche von 44 ha erstreckt.



Birgit Kaiser

Die städtebauliche und die soziale Situation der Innenstadt sind geprägt durch die hohen Einwohnerverluste, die Zittau seit 1990 zu verzeichnen hat. So nahm die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner seit der Wende um 34 Prozent ab. Aufgrund dieser Abwanderungen ist viel leer stehende Bausubstanz – auch im innerstädtischen Bereich – vorhanden, für die passende Nutzungsmöglichkeiten zu entwickeln sind.

Die Bevölkerungszusammensetzung der Stadt Zittau ist weitgehend homogen, wie der geringe Ausländeranteil belegt. Der Großteil der Zuwanderer kommt aus den Nachbarländern Polen und Tschechien.

Bisherige Aktivitäten im Bereich Integration

Zuwanderungen aus dem Ausland fanden bisher nur in unbedeutender Zahl statt. Die Hauptaufgabe der Stadt in der Integrationspolitik bestand bisher vielmehr darin, Zittau für polnische und tschechische Bürger aus dem näheren Umkreis als Wohn- und Lebensstandort interessant zu machen.

Zunehmend muss sich die Stadt mit der Aufnahme von Flüchtlingen befassen und sich damit auseinandersetzen, welche Bedarfe hieraus für die soziale Infrastruktur erwachsen und wie Zittau als eine bisher schrumpfende Stadt mit dem neuen Trend umgeht.

Motivation zur Projektteilnahme

Aufgrund der aktuellen Flüchtlingszuwanderung ergibt sich für die Stadt die Möglichkeit, bisherige Rückbaugelände als Wohnstandorte für die neu ankommenden Flüchtlinge zu nutzen. So könnten einerseits Leerstände beseitigt und könnte andererseits einer Ghettoisierung frühzeitig vorgebeugt werden. Daneben hat sich Zittau zum Ziel gesetzt, verstärkt tschechische und polnische Nachbarn zu motivieren, in die Stadt zu kommen und so leerstehende Wohnungen zu beleben.

Die Stadt Zittau sieht sich vor der Herausforderung, ihre Potenziale nachhaltig und zukunftsweisend zu nutzen, Funktionsverluste und demografische Veränderungen zu erkennen und zu bewältigen sowie sich gleichzeitig auf mehr Zuwanderung von Menschen mit Migrationshintergrund einzustellen.

5. Erwartungen und Positionen des Projektbeirates

In einer abschließenden kurzen Gesprächsrunde werden ausgewählte Mitglieder des Projektbeirates gebeten, ihre Erwartungen an das Projekt zu erläutern und ein erstes Feedback zur Veranstaltung abzugeben.

Zunächst äußert *Henning Nuissl*, Professor am Geographischen Institut der Humboldt-Universität zu Berlin, die Hoffnung, dass sich die vielfältigen Zielstellungen der Kommunen im Projektverlauf erfüllen. Ein Interessenschwerpunkt seinerseits liege zum einen im Bereich der Migrantenökonomie. Im Zuge des Projektes erwarte er neue Einsichten, inwieweit Migrantenökonomien zu einer Stabilisierung der lokalen Wirtschaft und einer Wiederbelebung von Stadtteilen beitragen können. Zum anderen sei der Frage nachzugehen, welche neuen Wege sich den Kommunen derzeit eröffnen, um die bestehenden Herausforderungen der Integration erfolgreich zu stemmen. Eine wesentliche Aufgabe hierbei dürfte neben der Entwicklung einer potenzialorientierten Perspektive künftig vor allem im Umgang mit Zuwanderung als Querschnittsaufgabe bestehen. Schließlich sei zu klären, inwieweit Kommunen – als unterste staatliche Ebene – überhaupt in der Lage sind, die „großen“ Herausforderungen der Integration eigenständig zu lösen.



Mitglieder des Projektbeirates: Michael Allimadi, Wiebke Schindel, Silke Andresen, Karl-Dieter Keim, Doris Dickel, Susanne Huth, Henning Nuissl. Nicht im Bild: Kenan Küçük, Ulrich Mohn, Klaus Ritgen, Hanna Sommer

Als Vertreter des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates äußert *Michael Allimadi* den Wunsch nach einer umfassenden Debatte darüber, wie sich Neuzuwanderung als Chance begreifen lässt und wie sich daraus positive Effekte sowohl für die Kommunen als auch für das ganze Land ableiten lassen. Auch aus unternehmerischer Perspektive sollte von Seiten der Kommunen verstärkt darauf hingewirkt werden, die Migrantenökonomien als nicht unbedeutende Wirtschaftszweige zu stärken und die vorhandenen Ressourcen zu aktivieren. Hierzu müsse das Potenzial der Zugewanderten als Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bzw. als Existenzgründerinnen und -gründer stets mitgedacht werden.

Aus der Sicht von *Silke Andresen*, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, lassen sich mehrere Schwerpunkte ausmachen, die durch das Projekt abgedeckt werden. Neben einem Fokus auf sozialer Stadtentwicklung und der Erarbeitung einer ressortübergreifenden Strategie spielen vor allem das Thema der Flüchtlingsintegration eine zentrale Rolle für die Kommunen. Anregungen hierzu könnten aus dem aktuellen **Wettbewerb „Menschen und Erfolge“** gewonnen werden, der 2015 unter dem Motto „In ländlichen Räumen willkommen!“ erfolgreiche Initiativen zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen auszeichnete. Die Zukunft der Klein- und Mittelstädte im ländlichen Raum müsse als relevantes Thema betrachtet werden, da dort zwei Drittel der deutschen Bevölkerung lebten und es sich bei diesen Städten um wichtige Versorgungs- und Arbeitsmarktstandorte für die Region handele. Vor allem die Verzahnung von Integrations- und Stadtentwicklungspolitik stelle einen spannenden Prozess dar, den es in den kommenden Jahren zu begleiten gelte. Der durch das Projekt geförderte Austausch mit den Kommunen solle auch dazu dienen, bestehende Bundesprogramme aufeinander abzustimmen und gemeinsam weiterzuentwickeln.

Schließlich stellt *Wiebke Schindel*, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, das Hessische **Landesprogramm „WIR – Wegweisende Integrationsansätze Realisieren“** vor. Wesentliches Erfolgskriterium für die Integration von Zugewanderten seien integrationspolitische Strukturen vor Ort. So müsse beispielsweise das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger durch die lokale Verwaltung begleitet und koordiniert werden. In der Förderung entsprechender Strukturen auf kommunaler Ebene liege ein Schwerpunkt des „WIR-Förderprogramms“. Ein besonderes Anliegen der Kommunen müsse zudem darin bestehen, die Akutversorgung der Flüchtlinge frühzeitig um den Aspekt der Integration zu ergänzen. Dabei dürfe der Fokus jedoch nicht ausschließlich auf die Situation der Flüchtlinge und Asylsuchenden beschränkt bleiben, sondern müsse alle Zuwanderergruppen umfassen. Schließlich bestehe eine weitere zentrale Herausforderung der Kommunen darin, die vielerorts erklärte Willkommens- und Anerkennungskultur eindeutig zu definieren und mit konkreten Inhalten und mit „Leben“ zu füllen.

6. Ausblick

Umsetzung des Forschungs-Praxis-Projektes vor Ort

Dr. Bettina Reimann, Difu

In ihrem einleitenden Vortrag am zweiten Veranstaltungstag erläutert Bettina Reimann die geplante Umsetzung des Projektes in den beteiligten Kommunen und die nächsten Projektschritte.

Was ist geplant? Was soll passieren?

Ein zentrales Anliegen des Projektes besteht darin, konkrete – z.B. städtebauliche, soziale, kulturelle, stadträumliche – Aktivitäten vor Ort anzustoßen oder, sofern es bereits für das Projekt geeignete laufende Aktivitäten gibt, diese weiterzuentwickeln. Maßnahmen, dies wird besonders herausgestellt, beziehen sich hierbei auf Strategien und Konzepte, auf Strukturen und Akteure sowie auf Projekte. Die erforderliche Arbeit erfolgt in engem Wechselspiel zwischen Difu und Projektkommunen. Die laufenden Erkenntnisse und Befunde des Difu werden mit den Kommunen geteilt und gemeinsam weiterentwickelt. Damit verfolgt das Difu eine aktivierende Begleitforschung; Ziel ist es, die Aktivitäten vor Ort zu aktivieren bzw. zu unterstützen und zu qualifizieren.

Das bedeutet auch: Es gibt seitens des Difu kein fertiges Konzept, das den beteiligten Kommunen „übergestülpt“ wird. Vielmehr werden im Gespräch und Austausch zwischen Forschungsbegleitung und kommunalen Akteuren Wege der Umsetzung erschlossen und wird das arbeitsteilige Vorgehen vereinbart. Gleichwohl plant das Difu in jeder Kommune konkrete Schritte.

Zunächst wird in jeder der beteiligten Kommunen eine Bestandsanalyse erstellt, d.h. der Status quo ermittelt: Wie stellt sich die konkrete Situation vor Ort dar? Welche Erfahrungen und Ansätze sind bereits vorhanden, auf die aufgebaut werden kann? Welche Strukturen und Strategien sind tragfähig; wo bedarf es einer Weiterentwicklung? Wer sind die wichtigen Akteure vor Ort? Neben einer Auswertung kommunaler Berichte und Daten wird das Difu hierzu Gespräche mit der kommunalen Verwaltung und Politik, mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft sowie der lokalen Wirtschaft führen.

Das Difu empfiehlt den Projektkommunen, als Begleitgremium vor Ort eine Kern- oder Steuerungsgruppe aufzubauen bzw., sofern es bereits ein solches Gremium gibt, dieses für das Projekt zu nutzen. Ressortübergreifend und im Zusammenspiel zwischen Verwaltung, Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft sollte dort eine Verständigung zu den Erwartungen an das Projekt, zu den damit verbundenen Zielen, den jeweiligen Rollen und zum Vorgehen erfolgen.

Die Projektarbeit bleibt jedoch nicht auf diese Kerngruppe beschränkt; vielmehr sollen für die Themen und Aktivitäten, die im Projekt bearbeitet werden, Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung gefunden werden. Projekterfolg und Umsetzung basieren auf einer breiten Beteiligungsbasis. Während das Difu die Begleitforschung innehat, kommunale Ansprechpartnerinnen und -partner für das Projekt als „Türöffner“ und Vermittler fungieren, soll die Umsetzung mit Unterstützung vieler Vor-Ort-Akteure gelingen. Es gibt daher ein breites Spektrum an Zielgruppen und Adressaten des Projektes: Stadtgesellschaft, Verwaltung und Kommunalpolitik.

Was bringt's?

Für den Erfahrungsaustausch untereinander lädt das Difu die neun Projektkommunen zu gemeinsamen Veranstaltungen wie Netzwerktreffen und Workshops ein. Im Zuge ihrer Projektteilnahme können die Kommunen daher von einem umfangreichen Wissenstransfer profitieren. Dazu dient nicht nur der Erfahrungsaustausch der teilnehmenden Kommunen, sondern auch die Begleitung durch den Projektbeirat. Darüber hinaus erhalten die Projektkommunen während des gesamten Projektverlaufs praktische Unterstützung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Difu. Nicht zuletzt werden konkrete Maßnahmen vor Ort unterstützt – überwiegend personell, in begrenztem Umfang aber auch finanziell. Schließlich wird das Engagement der Kommunen im Rahmen der Projektteilnahme öffentlich gewürdigt und dadurch einem breiten Fachpublikum bekannt gemacht.

Den Kommunen steht jeweils eine Mitarbeiterin bzw. ein Mitarbeiter des Difu für Rücksprache, Begleitung und Betreuung zur Verfügung:

| | |
|---------------------------------------|------------------------|
| Germersheim, Michelstadt, Weißenfels: | Gudrun Kirchhoff |
| Saarlouis, Zittau: | Ricarda Pätzold |
| Goslar, Ilmenau: | Dr. Bettina Reimann |
| Mühlacker, Steinfurt: | Wolf-Christian Strauss |



Difu-Team: Gudrun Kirchhoff, Bettina Reimann, Ricarda Pätzold, Wolf-Christian Strauss, Steffi Greiner

Die Laufzeit des Projekts erstreckt sich über einen Zeitraum von drei Jahren und endet im Juni 2018. In unmittelbarem Anschluss an die Auftaktveranstaltung steht als nächster Schritt der Arbeitsbeginn mit und in den Projektkommunen an. Für Januar und Februar 2016 sind die ersten Auftaktgespräche in den Kommunen vor Ort geplant, bei denen unter anderem der „Fahrplan“ für die darauffolgenden Monate abgestimmt werden soll. Für den Zeitraum 2016 bis 2017 sind insgesamt drei Netzwerktreffen geplant; das erste wird voraussichtlich am 6./7. Juni 2016 in Goslar stattfinden. Parallel zu den Aktivitäten in und mit den Kommunen wird sich der Projektbeirat zu vier Sitzungen zusammenfinden. Das Projekt mündet schließlich in einer abschließenden Publikation zu den Erkenntnissen und Erfahrungen aus der Projektarbeit (voraussichtlich April 2018) sowie in einer Abschlussveranstaltung im Mai 2018 mit öffentlicher Vorstellung und Erörterung der Projektergebnisse.

Impressionen



Anhang